

Peter Dehne, Christine Hannemann

Kleine Stadt, was tun? – Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Die Kleine Stadt im Peripherieraum sehr geringer Dichte – Definition und Ausgangslage
 - 2.1 Die Kleine Stadt
 - 2.2 Der Peripherieraum
 - 2.3 Die Kleine Stadt in der europäischen Raumentwicklungspolitik
- 3 Die Krise der Kleinen Stadt – Traditionswechsel, Funktionsverlust und Heterogenität
- 4 Die Kleinen Städte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – Analyse von Strukturindikatoren
- 5 Die Zukunft der Kleinen Stadt – Leitmotive oder der Versuch einer Typologie
- 6 Kleinstadtleben – lebensweltliche Potenziale
- 7 Das „Handelszentrum“ im Peripherieraum – Von der Kleinen Stadt zur Kleinstadtregion
- 8 Kommunale Handlungsfelder für die Zukunftsfähigkeit
 - 8.1 Anpassungsstrategien – Umbau vor dem Hintergrund des demographischen Wandels
 - 8.2 Nutzung des Sozialkapitals und Stärkung der Identität
 - 8.3 Problem- und aufgabenbezogene Kooperationen
- 9 Zusammenfassung und Fazit

Literatur

1 Einleitung

Der Nordosten Deutschlands ist weitgehend von ländlichen Siedlungsstrukturen mit kleinen Städten als regionalen Hauptorten geprägt. Es ist eine Region, deren wirtschaftliche Basis seit Anfang der Neunzigerjahre weitgehend daniederliegt. Arbeits- und Ausbildungswanderung sowie Geburtenrückgang verschärfen die prekäre Lage. Diese Trends halten an und werden außerdem vom gesamtgesellschaftlichen Trend der demographischen Alterung überlagert.

Viele Kommunalvertreter fragen sich, welche Strategien ihre Städte mit solchen Entwicklungsbedingungen zukunftsfähig halten können, zumal veränderte Lebensstile und

gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu einer Ausdünnung traditioneller kleinstädtischer Funktionen führen. Die Menschen beziehen bei der Suche nach Arbeit, attraktiven Freizeitangeboten, gesundem Leben und Erholung zunehmend einen weiten regionalen Raum ein. Bus- und Bahnstrecken werden gleichzeitig stillgelegt, bestimmte Funktionen im Freizeit-, Kultur- und Bildungsbereich werden nicht mehr ausreichend finanziert. Gleichzeitig wird das Prinzip der gleichwertigen Förderung aller Regionen nicht nur im Kontext der Föderalismusdebatte infrage gestellt und vom Prinzip einer wachstumsorientierten Regionalentwicklung überlagert (BBR 2005b, Brandenburg 2005).

Der Aufsatz thematisiert die aktuellen Entwicklungsbedingungen der Kleinstädte im Äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs und in Mecklenburg-Vorpommern und diskutiert Strategiefelder für ihre zukünftige Entwicklung aus regionalwissenschaftlicher und stadtsoziologischer Perspektive. Damit knüpft der Beitrag an Diskussionen auf Bundes- und Landesebene Ende der 1980er- und der 1990er-Jahre an und reflektiert deren Ergebnisse vor dem Hintergrund des wirtschaftsstrukturellen Wandels und der demographischen Umbrüche im ländlichen Raum. Bezugspunkt ist die 1997 vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vorgelegte Broschüre „Strategien für strukturschwache ländliche Räume. Raumordnerische Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung und Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume“ (Schäfer u. a. 1997). Diese untersuchte die Unterschiedlichkeit ländlicher und strukturschwacher peripherer Räume in mehreren Typen und empfahl eine integrierte Vorgehensweise zur Stabilisierung und Entwicklung. Die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung und -alterung erfordert heute jedoch noch differenziertere Strategieansätze bzw. deren Weiterentwicklung. Hier besonders, da das Stadt-Land-Geflecht aufgrund der neuen Landschaftsqualitäten an Bedeutung für künftige Entwicklungen (Landwirtschaft, Tourismus etc.) gewonnen hat.

2 Die Kleine Stadt im Peripherieraum sehr geringer Dichte – Definition und Ausgangslage

2.1 Die Kleine Stadt

Analog zur Diskussion um den ländlichen Raum kann man nicht von „der“ Kleinstadt sprechen: Gerade die Kleinstädte sind unüberschaubar in Vielfalt und Spezifik. Die Kleinstädte in Deutschland unterscheiden sich nach Größe, Geschichte, Architektur und Siedlungsstruktur, ihrer Lage im Raum und ihrer siedlungsstrukturellen und wirtschaftlichen Funktion. In einer Studie, die sich mit Kleinstädten beschäftigt, muss deshalb zunächst definiert werden, was unter „Kleinstadt“ subsumiert wird. Grundlage für diese Auswahlkriterien sind Erfahrungen aus der Kleinstadtforschung und die empirischen Spezifika kleiner Städte (vgl. Hannemann 2004: 16 ff.; Flacke 2004).

Das Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen klassifiziert die Städte im Rahmen der laufenden Raumbeobachtung nach den drei Kriterien Zentralität, Einwohnerzahl und Stadtrecht. Die Kleinstadt hat danach bis etwa 20.000 Einwohner und verfügt meist über eine geringe zentralörtliche Stufe (BMVBW 2005: 4, Gatzweiler u. a. 2003: 4). Diese Auswahlkriterien wurden für unsere Studie übernommen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass in Ostdeutschland die regionalen Städtesysteme sehr weitmaschig sind und von deutlich kleineren Städten geprägt sind. Zudem haben die meisten Städte dieser Region weniger als 15.000 Einwohner und als Kleinstadt deutlich weniger als 10.000

Einwohner (vgl. Schäfer u. a. 1992: 32 ff.). Daher erscheint im vorliegenden Kontext eine Eingrenzung auf 15.000 Einwohner gerechtfertigt.¹

Als Kleine Stadt werden für diese Ausarbeitung Orte bestimmt (Schäfer u. a. 1992, 33 und Hannemann 2004, 23), die

- bis etwa 15.000 Einwohner zählen
- hinsichtlich des Stadtgrundrisses, der Bebauungs- und Sozialstruktur städtisch geprägt sind
- Versorgungsfunktionen wahrnehmen (mindestens Grundzentrum bzw. Unterzentrum)
- in der Regel eine lange Tradition des Stadtrechts, häufig seit dem Mittelalter, haben
- in der Regel nicht (mehr) Kreissitz sind

Im Äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs erfüllen 54 von 93 Städten diese Kriterien. In Mecklenburg-Vorpommern sind dies 51 der 85 Städte des Landes. Eine Vielzahl der kleineren Städte unter 3.000 Einwohner ist in die Untersuchungsgesamtheit nicht aufgenommen, da diese nicht die Funktion eines Grund- oder Unterzentrums haben. Das kleinstädtisch geprägte Städtensystem im Untersuchungsgebiet wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass es im Äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs überhaupt nur sieben Städte über 20.000 Einwohner gibt. In Mecklenburg-Vorpommern sind es ebenfalls nur sechs größere Städte und vier Mittelstädte (20.000 bis 30.000 Einwohner). Auch im bundesdeutschen Maßstab stellt die Dominanz der Kleinen Städte eine Besonderheit dar, wie die Abbildung 1 zeigt.

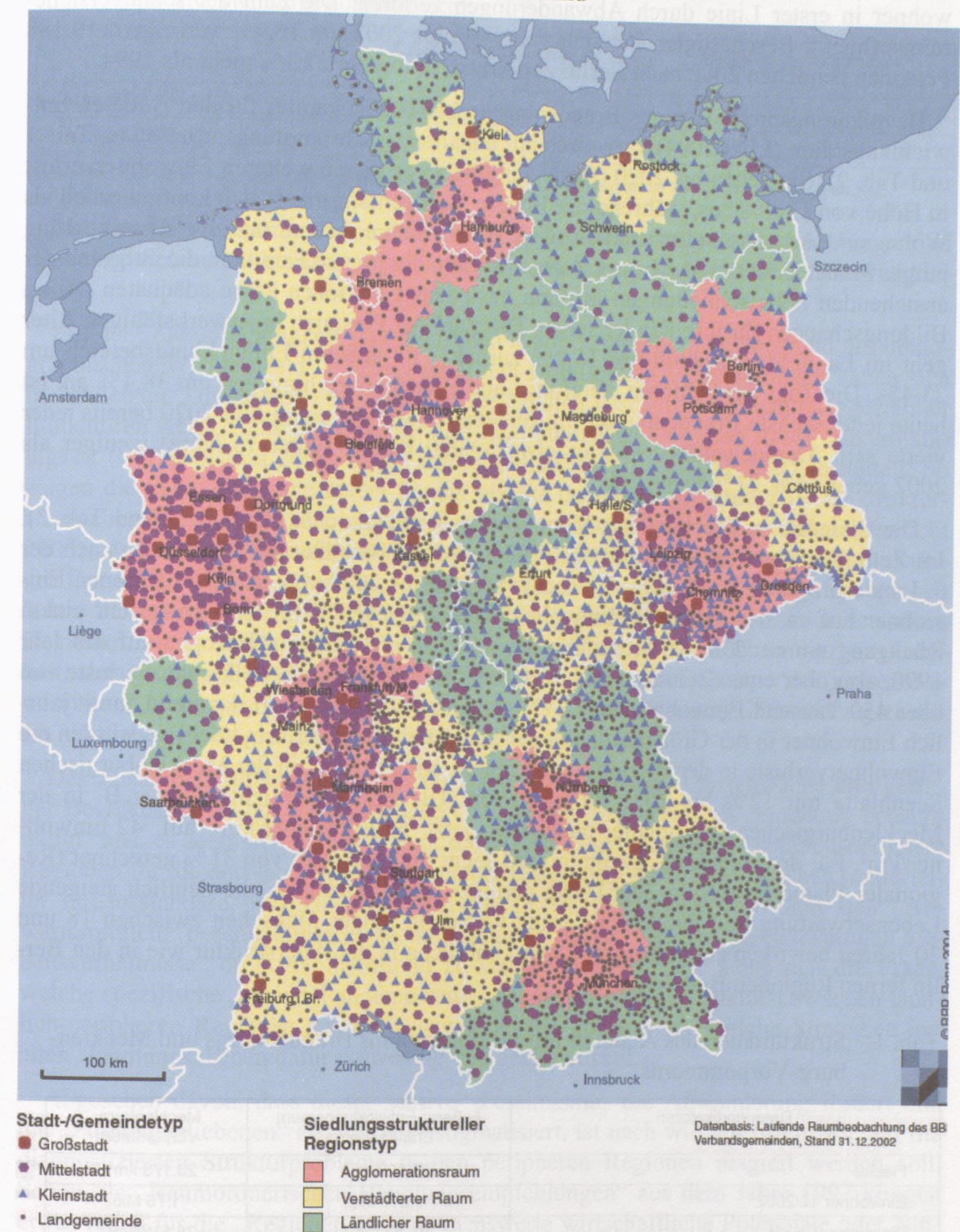
2.2 Der Peripherieraum

Das BBR hat im aktuellen Raumordnungsbericht 2005 (BBR 2005b), ergänzend zu den herkömmlichen siedlungsstrukturellen Gebietstypen „Agglomerationsräume“, „Verstädterte Räume“ und „Ländliche Räume“, eine neue problemorientierte Grundtypisierung des Bundesgebietes eingeführt. Sie ist weitgehend von Verwaltungsgrenzen unabhängig und auf die aktuelle Leitbildentwicklung der Bundesraumordnung ausgerichtet (Schürt u. a. 2005). Aus der Überlagerung von Bevölkerungsdichte und Zentralität ergibt sich das klassische Bild von Zentrum und Peripherie, differenziert nach unterschiedlichen Dichtestufen (Zentralraum, Zwischenraum, Peripherieraum). Der größte Teil des Untersuchungsraums in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern liegt danach im „Peripherieraum sehr geringer Dichte“ (vgl. Abbildung 2). Diese Regionen mit Schrumpfungstendenzen sind gekennzeichnet durch Entleerung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen sowie durch den Rückgang von Infrastrukturangeboten, Kaufkraft und regionalen Entwicklungspotenzialen (Human- und Sachkapital) (BBR 2005b: 87).

Der Äußere Entwicklungsraum Brandenburgs umfasst eine Fläche von 25.029 km², das sind nahezu 85 Prozent der Gesamtfläche des Landes Brandenburg. Mit Stand von 12/2002 lebten im Äußeren Entwicklungsraum 1.615,5 Tsd. der 2.582,4 Tsd. Einwohner Brandenburgs. Die Einwohnerdichte liegt damit mit nur 65 Personen/km² deutlich unter dem Landesdurchschnitt (88 Personen/km²) und noch unter der Mecklenburg-Vorpommerns (76 Personen/km²).

¹ Wenn im Folgenden Bezug auf Untersuchungen des BBR Bezug genommen wird, sind die unterschiedlichen Abgrenzungskriterien zu beachten.

Abb. 1: Städte- und Gemeindesystem in Deutschland²



Quelle: BMVBW 2004: 2

² Kleinstädte bis 20.000 Einwohner.

In der Zeit von 1990 bis 2001 hat der Äußere Entwicklungsraum 10,5 % seiner Einwohner in erster Linie durch Abwanderungen verloren. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich von 1996 bis 2002 um 16,9 % verringert. 19.188 Personen pendelten 2002 nach Berlin zur Arbeit, immerhin 27,3 % mehr als 1994.

Bevölkerungsprognosen des Brandenburgischen Statistikamtes für den Äußeren Entwicklungsraum (LDS 2004) verweisen auf anhaltende Schrumpfungsprozesse (s. Tab. 1 und Tab. 2). Sie gehen bis 2020 (Basisjahr 2002) von einem weiteren Einwohnerverlust in Höhe von 13,9 % aus, während der Engere Verflechtungsraum sich kontinuierlich als Wohn- und Arbeitsstandort stärken wird. Es wird eine weitere massive Abwanderung junger Frauen erwartet, der besser Ausgebildeten, der jungen Familien, die aufgrund der anstehenden Schulschließungen in dünn besiedelten Regionen keine adäquaten (Aus-) Bildungschancen für ihre Kinder sehen. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter geht im Landesdurchschnitt um 16,2 % zurück – im äußeren Entwicklungsbereich um 23,4 %. Die Zahl der Senioren steigt im Land Brandenburg hingegen um 38,4 % an. Ist heute jeder sechste Brandenburger im Rentenalter, so wird es im Jahr 2020 bereits jeder vierte sein. Demgegenüber wird es etwa 39.000 Kinder (unter 15 Jahre) weniger als 2002 geben (d. h. 21 % weniger).

Die Situation in Mecklenburg-Vorpommern ist vergleichbar (s. Tab. 1 und Tab. 2). Im Zeitraum von Dezember 2001 bis 2020 wird die Bevölkerung des Landes nach der 3. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung bis 2020 von ca. 1,75 Millionen Einwohner auf ca. 1,5 Millionen Einwohner sinken (MAB 2003). Das entspricht einem Rückgang um ca. 250.000 Menschen bzw. 14,4 % in 19 Jahren. Bezogen auf das Jahr 1990, also über einen Zeitraum von 30 Jahren, sind das sogar Bevölkerungsverluste von über 450 Tausend Einwohner oder 23 %. Im Durchschnitt verliert das Land damit jährlich Einwohner in der Größenordnung der Kleinstadt Demmin. Am höchsten werden die Einwohnerverluste in der Region Vorpommern mit 17 % und in der Mecklenburgischen Seenplatte mit 12 % bis 2020 prognostiziert. Die Einwohnerdichte sinkt z. B. in der Mecklenburgischen Seenplatte dann von jetzt 55 Einwohner/km² auf 42 Einwohner/km². Für den Landkreis Demmin wird sogar mit Verlusten von 31 % gerechnet (Regionaler Planungsverband 2005). Die geringen Geburtenzahlen, die deutlich steigende Lebenserwartung und die Abwanderung vor allem junger Menschen zwischen 18 und 30 Jahren bewirken ähnlich signifikante Umbrüche in der Altersstruktur wie in den Berlin fernen Regionen Brandenburgs.

Tab. 1: Strukturdaten des Äußeren Entwicklungsraums Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns

Daten/Indikatoren	Äußerer Entwicklungsraum Brandenburgs	Mecklenburg-Vorpommern
Fläche	25.029 km ²	23.173 km ²
Einwohner 12/2002	1,615 Mio.	1,76 Mio.
Einwohner-Dichte	65 EW/km ²	76 EW/km ²
Einwohner-Entwicklung 2002 zu 1990	-10,5 %	-10,4 %
Wanderungssaldo 1991 bis 2001 (je 1.000 EW)	-38,6	-28,9
Natürlicher Saldo 1991 bis 2001 (je 1.000 EW)	-57,2	-45,0
Arbeitslosenquote 12/2002	22,3 %	20,0 %
Einwohner 2020 (Prognose LDS 2003)	1,4 Mio.	1,5 Mio.
Einwohner-Entwicklung 2020 zu 2002	-13,9 %	-14,4 %

Quellen: Landesumweltamt Brandenburg, Referat Raumbewertung. In: IRS aktuell 41/Okttober 2003, S. 4; Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, 3. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung bis 2020.

Tab. 2: Bevölkerungsprognose 2020 für den Äußeren Entwicklungsraum Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

	Äußerer Entwicklungsraum Brandenburg		Mecklenburg-Vorpommern	
Einwohner 2002 in 1.000	1.750		1.500	
Einwohner 2020	1.615	-13,9 %	1.391	-14,4 %

Quellen: LDS 2004: 31, 33; Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, 3. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung bis 2020.

Mecklenburg-Vorpommern und der Äußere Entwicklungsraum Brandenburgs sind damit die Schwerpunkte dramatischer demographischer und struktureller Entwicklungen.

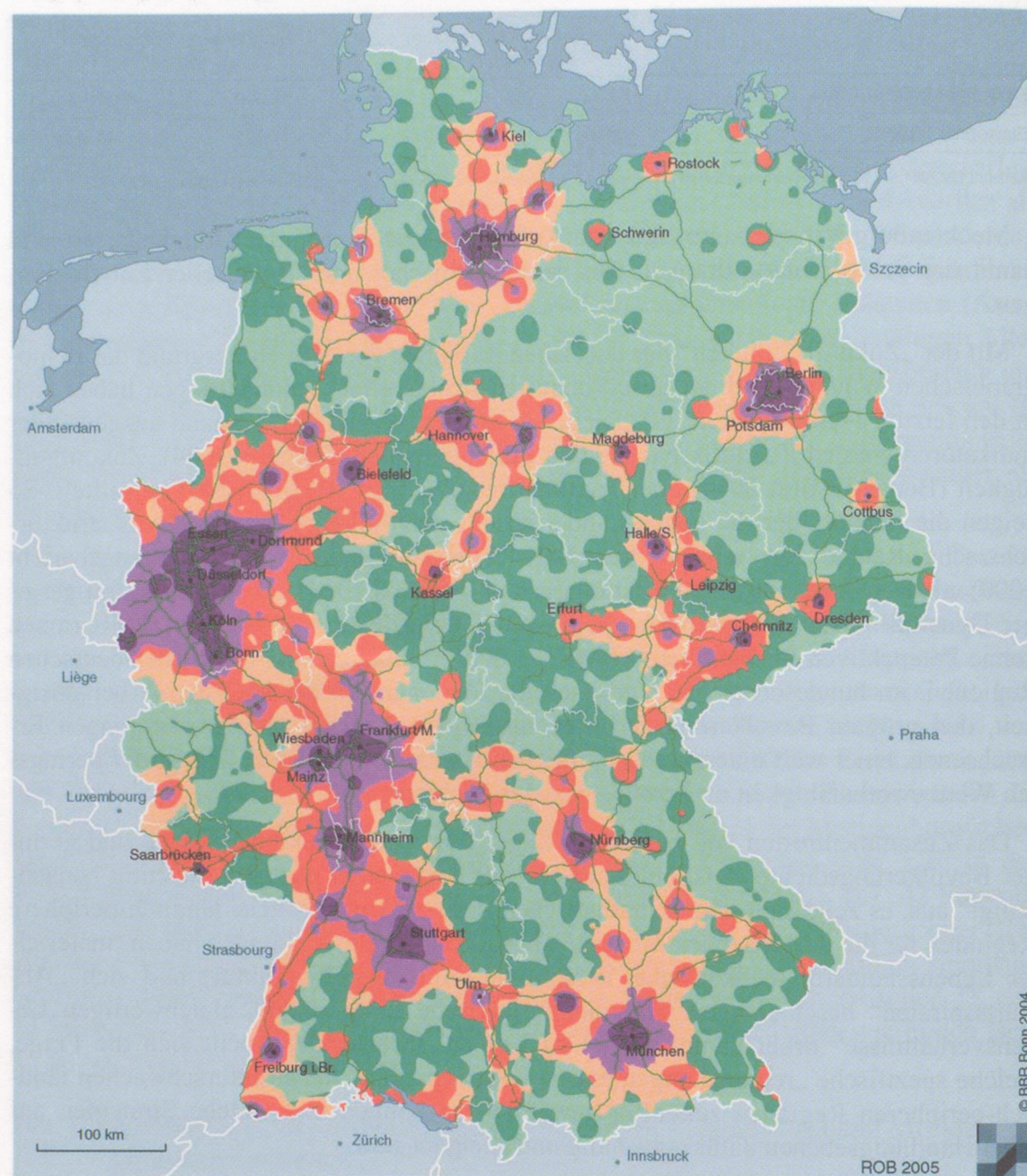
Mit der „Zukunftsfähigkeit“ der deutschen Regionen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der gesellschaftlich-strukturellen Veränderungen haben sich in den letzten Jahren mehrere vergleichende Studien beschäftigt. Anhand ausgewählter Indikatoren werden Zukunftschancen und Zukunftsrisiken (Prognos 2004), Zukunftsfähigkeit (Berlin-Institut 2004) oder Familienfreundlichkeit (BMFSFJ 2005) ermittelt. So zeigen die Schaubilder die neuen Länder abseits der Ballungsräume z. B. als strukturschwache Räume mit sehr starken Entwicklungsproblemen (Raumordnungsbericht 2000), als Regionen mit hohen Zukunftsrisiken (Prognos 2004), als Regionen mit geringer Dynamik (ebd.), als „Verlierer-Regionen“ (Berlin-Institut 2004) oder als Regionen „ohne Perspektiven für Familien“ (BMFSFJ 2005). Letztlich sind die nordostdeutschen Regionen, im bundesdeutschen Vergleich die Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit, den größten Bevölkerungsverlusten insbesondere in der Gruppe der jungen Erwachsenen, einer weit unterdurchschnittlichen Kaufkraft (Klemmer 2004), der geringsten Wettbewerbsfähigkeit und großen sozialen Problemen.

Das Zusammentreffen von peripherer Lage, Wirtschaftsstrukturelle Schwäche und geringer Bevölkerungsdichte weist ländliche Gebiete somit nicht nur als „eindeutig benachteiligt“ aus, es zeigt sich immer dramatischer, dass strukturschwache ländlich-periphere Regionen für die dort lebenden Menschen benachteiligende Wirkungen haben (materieller Lebensstandard, medizinische Versorgung, Bildungsinfrastruktur) und sich „Abwärtsspiralen“ beschleunigen. Das raumordnerische Leitbild der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ droht damit obsolet zu werden. Insbesondere stellt sich die Frage, welche spezifische „regional angemessene Lebensqualität“ die strukturschwachen ländlich-peripheren Regionen zukünftig gewährleisten können und welche Strategien auf allen Handlungsebenen dafür notwendig und geeignet sind.

Abgesehen davon, dass dieser „aktive“ Pessimismus die Abwanderung fördert und die „Zurückgebliebenen“ als Verlierer stigmatisiert, ist nach wie vor offen, wie auf die diagnostizierten Strukturprobleme in den peripheren Regionen reagiert werden soll. Schon die „Raumordnerischen Handlungsempfehlungen“ aus dem Jahre 1997 klingen etwas ratlos für die „Regionen ohne nennenswerte wirtschaftliche Potenziale oder Nutzungsalternativen“. Außerhalb der landschaftlich und touristisch attraktiven Räume „bietet allenfalls der Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche neue Chancen zur Nutzung von Naturpotenzialen“ (Schäfer u. a. 1997: 7). Und auch das Konzept der „Wachstumsorientierten Regionalentwicklung“ des aktuellen Raumordnungsberichts mit seiner Ausrichtung auf regionale Wachstumspotenziale enthält keine schlüssigen Strategien für die strukturschwächsten Peripherieräume.

zukunft gefördert werden sollen (vgl. ARL 2004). Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Neuformulierung der EU-Struktur- und Raumentwicklungspolitik entstehen

Abb. 2: Raumstruktur nach Zentrenreichbarkeit und Bevölkerungsdichte



Quelle: BBR (2005): Raumordnungsbericht 2005. Berichte Bd. 21, Bonn. Seite 20

Raumstruktur nach Zentrenreichbarkeit und Bevölkerungsdichte

- Innerer Zentralraum
- Äußerer Zentralraum
- Zwischenraum mit Verdichtungsansätzen
- Zwischenraum geringer Dichte
- Peripheraum mit Verdichtungsansätzen
- Peripheraum sehr geringer Dichte
- Bundesautobahn

Quelle: BBR 2005b: 20

2.3 Die Kleine Stadt in der europäischen Raumentwicklungspolitik

Stadt-Land-Partnerschaften und die besondere Rolle der Klein- und Mittelstädte als Dienstleistungsanbieter für ihr ländliches Umland und als Standorte für kleine und mittlere Unternehmen ziehen sich als die beiden zentralen strategischen Ausrichtungen zur Entwicklung strukturschwacher ländlicher Regionen auch durch die Dokumente der europäischen Raumentwicklungspolitik.

Das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK 1999) enthält als politisches Ziel und Option für das Territorium der EU 15 ausdrücklich eine polyzentrische Raumentwicklung und eine neue Partnerschaft zwischen Stadt und Land. In diesem Zusammenhang wird den Kleinen und Mittleren Städten (Small and Medium Sized Cities, SMCs) und ihrer Verflechtung in Form von Städtenetzen die zentrale Funktion für die strukturschwachen ländlichen Regionen zugewiesen. In den ländlichen Problemregionen seien nur sie in der Lage, Infrastruktur und Dienstleistungen für wirtschaftliche Aktivitäten in der Region anzubieten und den Zugang zu größeren Arbeitsmärkten zu erlangen. „Die Städte auf dem Lande“ bedürften daher „einer besonderen Aufmerksamkeit bei der Konzeption integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte“ (ebd.: 25; vgl. ARL 2001). Neue Impulse werden zudem von einer Neubewertung der Partnerschaften zwischen Stadt und Land erwartet. Dahinter steht vor allem eine integrative Betrachtung von Stadt und Land als funktional-räumliche Einheit mit vielfältigen Beziehungen und Abhängigkeiten. (EUREK 1999: 25, CEMAT 2000; BBR 2001).

Das Konzept des territorialen Zusammenhalts der strategischen Leitlinien für den Zeitraum der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 greift für die EU 25 die Ziele auf, eine ausgewogene Entwicklung zu erreichen, in städtischen und ländlichen Gebieten nachhaltige Gemeinschaften aufzubauen und für eine bessere Abstimmung mit anderen sektorbezogenen Politikbereichen mit räumlicher Wirkung zu sorgen (Kommission 2004). Die Regional- und Raumentwicklungspolitik in den „abgelegenen ländlichen Regionen“ sollte in erster Linie auf die Verbesserung der Erreichbarkeit, der Ausstattung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Einrichtungen, der Aufwertung des natürlichen Lebensraums und des kulturellen Erbes sowie der Förderung der Wirtschaftstätigkeit ausgerichtet sein und der Entwicklung kleiner und mittlerer städtischer Gebiete mit einem guten Potenzial zur Bereitstellung von Dienstleistungen, Arbeitsplätzen und Annehmlichkeiten dienen (30). Die allgemeine Versorgung mit allen Dienstleistungen lässt sich vor allem in sehr dünn besiedelten Gebieten durch Investitionen in Entwicklungszentren in ländlichen Gebieten, beispielsweise in Klein- und Mittelstädten, durch die Entwicklung von wirtschaftlichen Clustern, die auf die örtlichen Vorteile aufbauen, und durch den Einsatz neuer Informationstechnologien erreichen (35). Die Kommission stellt allerdings auch fest, dass „die Tatsache, dass Hochschulabsolventen lieber in Großstädten leben, die mittleren Städte in ihren Bemühungen beeinträchtigen wird, an der wissensbasierten Wirtschaft teilzuhaben“ (23).

Grundsätzliches Problem der EU-Strategie bleibt aber der Zielkonflikt zwischen einer wachstumsorientierten und damit auf Metropolregionen (Metropolitan European Growth Areas, MEGA) bzw. so genannte transnationale und nationale städtische Zentren (Functional Urban Areas, FUAs) ausgerichteten Strategie der Entwicklungspolitik (Lissabon-Strategie) und der Umsetzung des territorialen Zusammenhalts, des Disparitätenabbaus und der Nachhaltigkeit (Göteborg-Strategie) und damit auch die Frage, welche Rolle kleinregionale städtische Zentren übernehmen sollen bzw. wie stark sie zukünftig gefördert werden sollen (vgl. ARL 2004). Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Neuformulierung der EU-Struktur- und Raumentwicklungspolitik erscheinen

die Zielformulierungen und Beteuerungen in den strategischen Dokumenten zur Raumentwicklung eher als Worthülsen. Auf jeden Fall fehlen erkennbare Ansätze für eine Operationalisierung der Ziele Stadt-Land-Partnerschaft und kleinregionale ländliche Wachstumszentren.

Hinzu kommt, dass der Begriff „Klein- und Mittelstädte“ sehr weit gefasst ist, sowie die Tatsache, dass nur wenige Mittelstädte oder große Kleinstädte konsequenterweise die Rolle des regionalen Kristallisationskerns übernehmen können (vgl. Kap. 5).³ Damit verschärft sich die Frage, ob „der Rest“ der Kleinen Städte zukunftsfähig ist und ob diese Kleinstädte überhaupt noch wahrgenommen werden!

3 Die Krise der Kleinen Stadt – Traditionswandel, Funktionsverlust und Heterogenität

In der politischen und wirtschaftlichen Realität erfahren die deutschen Kleinstädte eine geringe Aufmerksamkeit, trotz ihrer historischen Bedeutung für den ländlichen Raum und der aktuellen Krise. Klein- und Landstädte haben das Siedlungssystem über Jahrhunderte vervollständigt. Das Bild der rückständigen, auf landwirtschaftliche Produktion orientierten Ackerbürgerstädte muss revidiert werden. Kleinstädte waren immer Dienstleistungszentren für ihre ländliche Umgebung – Standort der Märkte, Schulen, staatlicher Ämter, Kultureinrichtungen.

Heute haben Kleinstädte vor allem bauhistorisch, als „Stadtdenkmäler“ (Friedrichs; Häußermann 2001: 319), eine identitätsstiftende, kulturelle und touristische Bedeutung. Als Folge der ausbleibenden Entwicklungen haben sich in ihnen, so sie nicht durch den Zweiten Weltkrieg starke Zerstörungen erfuhren, die stadträumliche Struktur und das historisch gewachsene Stadtbild in bemerkenswertem Maße erhalten. Die „Stadt“ ist weitgehend identisch mit der historischen Stadtsilhouette, der Bausubstanz und dem Stadtgrundriss. Diese Persistenz der räumlichen Strukturen wurde wesentlich durch die Parzellenstruktur und die damit verbundene Vielfalt von Einzeleigentümern bewirkt. Die Klein- und Landstädte charakterisiert heute die Überlagerung mehrerer Zeitebenen: die Stadt des Mittelalters (Sakralbauten, Wehranlagen und auch Rathäuser), die Stadt des 18. und 19. Jahrhunderts (Bürgerhäuser, Bauten des Staates und der Kommune) und die Stadt des 20. Jahrhunderts (Fußgängerzone, Plattenbauten und großflächige Wirtschaftseinheiten).

Die Funktionen, die Stadt und Landschaft früher verbunden haben, sind mittlerweile stark reduziert. Es ist nicht nur der Rückgang des Bedeutungsüberschusses der Städte als Versorgungs- und Dienstleistungszentrum. Auch der Bezug zwischen Landwirtschaft und Stadt ist durch die Vertriebsstrukturen nicht mehr direkt vorhanden. Die Kleine Landstadt ist heute angesichts der geringen Kaufkraft und der überregional organisierten Warenströme kein Vermarktungszentrum für landwirtschaftliche bzw. ländliche Produkte.

Was bedeutet dies für die Kleinstädte im ländlichen Raum? Aus der Analyse vorliegender Forschungsergebnisse ergeben sich zusammenfassend folgende Aspekte:

- Kleinstädte im ländlichen Raum waren traditionell die Dienstleistungs- und Versorgungszentren eines meist agrarisch geprägten Umlandes und damit Tore zum ländlichen Raum. Diese traditionelle Funktion haben sie heute weitgehend eingebüßt, vor allem auch durch die Umstrukturierung der Landwirtschaft (Traditionswandel).

³ Vgl. die aktuelle Diskussion um die Ausdünnung und Verschlinkung des Zentrale-Orte-Systems u. a. auch in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

- Das Gleichgewicht von Arbeitsplatz, besonderer Wohnqualität im ländlichen Raum und traditionellen Versorgungsstrukturen droht angesichts der sich verändernden globalen und regionalen Rahmenbedingungen verloren zu gehen. Dies spiegelt sich bereits in den wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen wieder (Funktionsverlust).
- Die Kleinstädte im ländlichen Raum sind jedoch nicht gleichmäßig von Schrumpfungprozessen betroffen. Es lassen sich keine eindeutigen Entwicklungsmuster und Typisierungen erkennen. Vieles deutet auf die Komplexität und Individualität der Entwicklungsprozesse hin (Heterogenität).

4 Die Kleinen Städte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – Analyse von Strukturindikatoren

Die beschriebene prekäre Lage des peripheren Raumes und der Kleinen Städte bestätigt weitgehend die folgende, zusammenfassende Analyse ausgewählter Entwicklungsindikatoren. Für die einzelnen Städte ergibt sich dabei ein weitaus differenzierteres Bild von Wachstum und Schrumpfung.

Die Mehrzahl der 109 untersuchten Kleinen Städte Mecklenburg-Vorpommerns und des Äußeren Entwicklungsraums Brandenburgs hat zwischen 1991 und 2002 Einwohner verloren, Eggesin immerhin 32,4%, Goldberg, Woldegk und Schwarzheide ebenfalls deutlich über 20%. Lediglich zehn Städte hatten in den 90er-Jahren Einwohnerzuwächse zu verzeichnen: z. B. Müllrose bei Frankfurt/Oder (43,5%), Burg Stargard bei Neubrandenburg (21,8%), Biesenthal (15,7%) und Joachimsthal (12,5%) östlich von Berlin, aber auch Müncheberg (11,8%) und Drebkau (7,6%) in der Lausitz.

Die Wanderungssalden (1998 bis 2002) variieren sehr stark. Mit Abstand die deutlichsten Wanderungsgewinne hatte Müllrose (+44,7 pro 1.000 Einwohner). Elf weitere Kleinstädte wie Bad Wilsnack, Biesenthal, Burg Stargard, Joachimsthal, Kühlungsborn, Seelow oder Bad Doberan haben positive Wanderungssalden. Am anderen Ende der Skala liegen die vom Abzug des Militärs betroffene vorpommersche Kleinstadt Eggesin (-42,8 pro 1.000 Einwohner) und Oderberg (-27) an der polnischen Grenze, aber auch Orte mit relativ guten wirtschaftlichen Daten (allgemeine Kaufkraft und Steuerkraft) wie Laage (-39,7), Peitz (-38,6), Bergen auf Rügen (-18,6) und die Reuterstadt Stavenhagen (-17,2). Stavenhagen hatte 2002 immerhin die dritthöchste Steuereinnahmekraft (641 € pro Einwohner) hinter Schwarzheide (649) und Meyenburg (670) zu verzeichnen. Dennoch liegt Stavenhagen, ähnlich wie Meyenburg, bei drei Indikatoren (Einwohnerentwicklung, Wanderungssalden und Kaufkraft) im unteren Fünftel der Rangskala.

Die geringsten Steuereinnahmen lagen 2002 zwischen 170 und 150 € pro Einwohner (Putlitz, Joachimsthal, Lychen, Oderberg und Putlitz). Die allgemeine Kaufkraft lag 2005 zwischen 15.500 € und 10.500 € pro Einwohner. Hier, wie auch bei anderen Indikatoren, ist ein deutliches Gefälle zwischen den Kleinstädten im Westen Mecklenburg-Vorpommerns und denen im Osten und Nordosten des Untersuchungsgebietes festzustellen. Ähnliches gilt insbesondere auch für die Arbeitslosenrate (2002). Spitzenreiter ist die Kleinstadt Dassow vor den Toren Lübecks mit 9,3% vor Ludwigslust (11,0%) und Boitzenburg (11,3%). Die höchsten Arbeitslosenraten hatten Jarmen (28,4%), Strasburg (Uckermark) (28,1%), Demmin (27,4%) und Welzow (25,9%).

Um den mehrdimensionalen Prozess von Wachstum und Schrumpfung genauer zu erfassen, wurden für alle Kleinstädte in Mecklenburg-Vorpommern und im Äußeren

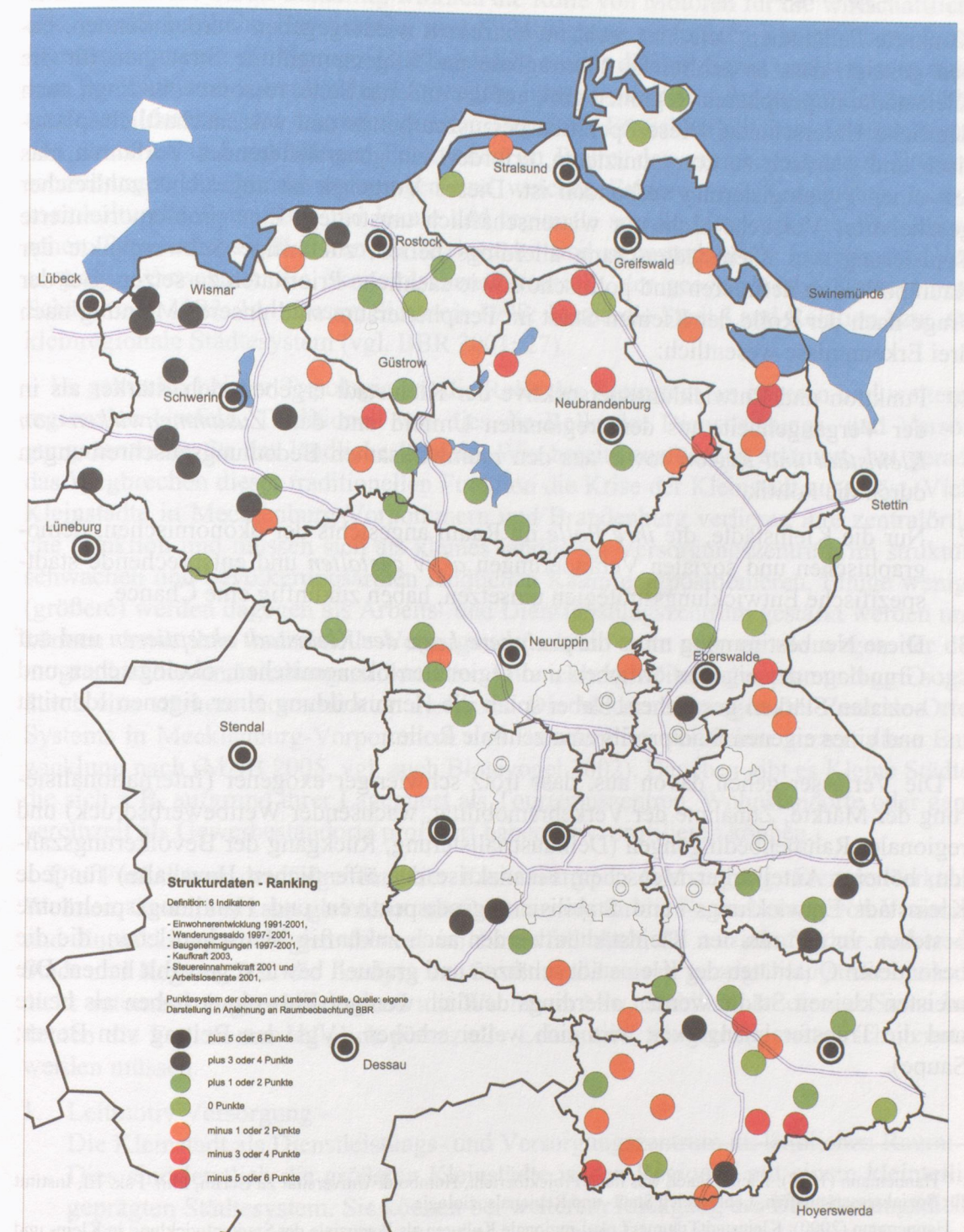
Entwicklungsraum Brandenburgs sechs Strukturindikatoren untersucht. Dies sind im Einzelnen:

1. Entwicklung der Einwohnerzahl 31.12.2002 zu 31.10.1991 in %
2. Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2002
3. Baufertigstellungen je 1.000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2002
4. allgemeine Kaufkraft je Einwohner 2005
5. Steuereinnahmekraft je Einwohner 2002
6. Arbeitslosenrate 2002 in % (absolute Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt als Anteil der 20 bis 60-jährigen Bevölkerung)

Schrumpfung oder Wachstum werden dann als Phänomen im Gesamtkontext der Kleinstädte wahrgenommen, wenn eine Stadt bei den einzelnen Indikatoren jeweils im unteren (-1 Punkt) oder oberen Quintil (+1 Punkt) liegt (vgl. Gatzweiler u. a. 2003).

Während die Analyse der Strukturindikatoren für einzelne Städte interessante Interpretationen erlaubt und Zusammenhänge sichtbar macht, die an dieser Stelle allerdings nur skizziert werden konnten, lassen sich in der Gesamtschau (vgl. Abb. 3) nur begrenzt signifikante Zusammenhänge zwischen Wachstum/Schrumpfung und einzelnen Strukturmerkmalen feststellen. Deutlich ist, dass die Kleinstädte in Westmecklenburg mit guter Erreichbarkeit der Zentren Lüneburg, Lübeck und Hamburg gute Strukturdaten aufweisen. Ähnliches gilt für die Kleinstädte südwestlich und östlich von Berlin. Deutlich schlechtere Werte haben die Kleinstädte im Nordosten des Untersuchungsgebietes (Vorpommern, Landkreis Demmin und Uckermark) sowie in der Lausitz. So kann die Lage zu Entwicklungszentren die Entwicklung der Kleinstadt zwar begünstigen. Es besteht jedoch kein Automatismus, sondern ein Nebeneinander von wachsenden bzw. stabilen und schrumpfenden Kleinstädten. Die begrenzten Zusammenhänge deuten auf die Komplexität der Prozesse hin und lassen vermuten, dass weitere „weiche“ Einflussfaktoren auf die Kleinstadtentwicklung wirken müssen wie historische Bezüge, Image, Planungs- und Entscheidungskultur, Stadtaktive und Bürgerschaft.

Abb. 3: Schrumpfung und Wachstum von Kleinstädten in Mecklenburg-Vorpommern und im Äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs



5 Die Zukunft der Kleinen Stadt – Leitmotive oder der Versuch einer Typologie

Konkrete Fallstudien,⁴ die hier nicht im Einzelnen wiedergegeben werden können, haben gezeigt, dass es zahlreiche übertragbare und allgemeingültige Strategien für die Kleinstädte in peripheren Regionen gibt, auf der anderen Seite, ressourcenbedingt, auch deutliche Unterschiede. Diese Spezifika herauszuarbeiten und wissenschaftlich, planerisch und politisch zu kommunizieren, erfordert ein generalisierendes Verfahren, das mit einer Typologisierung verbunden ist. Dieses Vorgehen ist angesichts zahlreicher gescheiterter Versuche nicht nur wissenschaftlich umstritten. Eine problemorientierte Typisierung von Kleinstädten kann allerdings helfen, zukünftige Schwerpunkte der Raumpolitik zu definieren und politische sowie sachliche Prioritäten zu setzen. Bei der Frage nach der Rolle der Kleinen Stadt im Peripherieraum sind unserer Meinung nach drei Erkenntnisse wesentlich:

1. Funktion und Entwicklungsperspektive der Kleinstadt ergeben sich, stärker als in der Vergangenheit, aus dem regionalen Umfeld und dem *Zusammenwirken von Kleinstadt und Region* sowie aus den raumwirksamen Bedeutungszuschreibungen durch die Politik.
2. Nur die Kleinstädte, die *ihre Rolle* im Raum angesichts der ökonomischen, demographischen und sozialen Veränderungen *aktiv gestalten* und entsprechende stadtspezifische Entwicklungsstrategien umsetzen, haben zukünftig eine Chance.
3. Diese Neubestimmung muss die *periphere Lage der Kleinstadt akzeptieren* und auf Grundlage der eigenen örtlichen und regionalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Stärken geschehen. Dabei spielt die Herausbildung einer eigenen Identität und eines eigenen Stadtprofils eine zentrale Rolle.

Die Verfasser gehen davon aus, dass trotz schwieriger exogener (Internationalisierung der Märkte, Zunahme der Verkehrsmobilität, wachsender Wettbewerbsdruck) und regionaler Rahmenbedingungen (Deindustrialisierung, Rückgang der Bevölkerungszahlen, höherer Anteil alter Menschen, Finanzkrise der öffentlichen Haushalte) für jede Kleinstadt Entwicklungs- und Stabilisierungsperspektiven und Handlungsspielräume bestehen. In den meisten Kleinstädten werden auch zukünftig Menschen leben, die die besonderen Qualitäten der Kleinstadt schätzen und graduell bewusst gewählt haben. Die meisten kleinen Städte werden allerdings deutlich weniger Einwohner haben als heute und die Transferabhängigkeit wird sich weiter erhöhen. (Vgl. den Beitrag von Beyer; Saupe).

⁴ Hannemann (1998): Kleine Stadt, was nun? Projektbericht, Humboldt-Universität zu Berlin, Phil. Fak. III, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrbereich Stadt- und Regionalsoziologie.

Hannemann (2000): KleinstadtTräume: Lokal-regionale Kulturen als Potenziale der Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten in Ostdeutschland. Projektbericht, Humboldt-Universität zu Berlin, Phil. Fak. III, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrbereich Stadt- und Regionalsoziologie.

Hannemann (2002): Ein Netz, das auffängt? Projektbericht, Humboldt-Universität zu Berlin, Phil. Fak. III, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrbereich Stadt- und Regionalsoziologie.

Hannemann (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.

Der Artikel basiert des Weiteren auf der Politikberatung des Brandenburgischen Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung MIR zusammen mit Dr. Ingeborg Beer, Büro für Stadtforschung + Sozialplanung und der Planungsgruppe STADT + DORF, Berlin (Prof. Dr. Peter Dehne und Dipl. Ing. Peter Ebert) zum Thema: Die kleine Stadt im äußeren Entwicklungsraum. Nachhaltige Strategien zur Stabilisierung raumbedeutsamer kleiner Städte als lebenswerte Wohnorte im äußeren Entwicklungsraum (2004/2005).

Es ist offensichtlich, dass die Gruppe der Kleinstädte trotz der oben genannten gemeinsamen Bestimmungskriterien in sich nicht homogen ist. Will man z.B. untersuchen, ob Kleine Städte zukünftig wirklich die Rolle von Motoren für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und Stabilisierung peripherer Räume übernehmen können, wird man die Gruppe der Kleinstädte weiter differenzieren und sortieren müssen. Funktion und zukunftsfähige Strategien hängen somit von der kulturellen und historischen Identität, der raumstrukturellen Lage, der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, den aktuellen und zukünftigen Funktionen im Raum, den raumbedeutsamen Wertzuschreibungen der Landesregierungen und weichen Faktoren wie Geschichte, Image, soziokulturelle Potenziale und lokale und regionale soziale Netzwerke ab. Die klassischen Typisierungsindikatoren für Kleinstädte sind raumstrukturelle Funktionen (Versorgung, Wirtschaft), die ökonomischen Potenziale, der geographische Kontext (vgl. Schäfer u. a. 1992: 144, Bessy; Sicamoi 1998: 1) und die Stadt-Land-Relation bzw. das kleinregionale Städtensystem (vgl. BBR 2001: 27).

Es geht also bei der Typologie um die Rolle der Kleinstadt im engeren und weiteren regionalen Umfeld. Traditionell war dies die Rolle des Dienstleistungs- und Versorgungszentrums für das ländliche Umfeld. Wie bereits ausführlich erläutert, hat gerade das Wegbrechen dieser traditionellen Funktion die Krise der Kleinstadt ausgelöst. Viele Kleinstädte in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg verlieren ihre zentralörtliche Funktion und müssen sich als kleines ländliches Versorgungszentrum im strukturschwachen und bevölkerungsarmen ländlichen Raum neu positionieren. Einige wenige (größere) werden dagegen als Arbeits- und Dienstleistungszentrum gestärkt werden und können damit ihre traditionelle Versorgungsfunktion trotz oder gerade wegen der demographischen und siedlungsstrukturellen Entwicklung weiter behaupten und ggf. sogar durch eine stärkere Konzentration ausbauen. Die Modernisierungen des Zentrale-Orte-Systems in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg vollziehen zurzeit diese Entwicklung nach (MAB 2005, vgl. auch Blotevogel 2002). Daneben gibt es Kleine Städte, die sich z.B. aufgrund ihrer Lagegunst als Tourismuszentren, Wohnstandorte oder ganz vereinzelt als Gewerbestandorte profiliert haben bzw. profilieren können.

Die Funktionen der folgenden vier Kleinstadttypen (Versorgung, Fremdenverkehr, Wohnen, Gewerbe) kann gleichsam als Orientierung für die Formulierung von Visionen und Entwicklungsstrategien dienen, im Einzelfall auch als wirtschaftlicher Anker in Stadt und Region. Wie die Analyse der Strukturindikatoren gezeigt hat, ist dies jedoch nicht automatisch gleichbedeutend mit Wachstum bzw. Stabilität. In diesem Sinne bedeuten die Funktionen lediglich potenzielle Leitmotive, die richtig strategisch genutzt werden müssen.

1. Leitmotiv Versorgung –

Die Kleinstadt als Dienstleistungs- und Versorgungszentrum im ländlichen Raum:

Dies sind letztlich die größeren Kleinstädte in den Regionen mit einem kleinteilig geprägten Städtensystem. Sie können bei weiterem Rückgang der Bevölkerungsdichte und begrenzten finanziellen Spielräumen die Rolle als regionale Kristallisationskerne im Sinne der EU-Strategie übernehmen, Arbeitsplätze, Versorgung, Dienstleistung und Verwaltung bündeln und als Motoren für die ländliche Entwicklung dienen. Im Kontext der Raumordnung sind dies die „neuen“ Mittelzentren im Peripherieraum.

Im neuen Raumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern gelten als Kriterium für Mittelzentren 10.000 Einwohner und 30.000 im Verflechtungsbereich sowie 4.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und/oder 3.000 Arbeitsplatzeinpendler (MAB 2005). Immerhin 12 der 17 ausgewiesenen Mittelzentren in

Mecklenburg-Vorpommern sind Kleinstädte im hier definierten Sinn (bis 15.000 Einwohner): Bergen auf Rügen, Anklam, Demmin, Hagenow, Ludwigslust, Wolgast, Pasewalk, Grimmen, Grevesmühlen, Ueckermünde, Bad Doberan und Teterow.

Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Brandenburg hat sechs Kleinstädte im Äußeren Entwicklungsraum als Mittelzentren vorgeschlagen: Perleberg, Belzig, Herzberg (Elster), Lübben, Beeskow und Seelow.

2. Leitmotiv Fremdenverkehr –

Die Kleinstadt als Fremdenverkehrszentrum in landschaftlich attraktiver Lage:

Der zweite Entwicklungsanker für Kleine Städte besteht darin, die landschaftlichen, kulturellen und stadtstrukturellen Qualitäten für den Fremdenverkehr zu nutzen und sich als Tourismuszentrum zu profilieren. Die Potenziale für eine tragfähige wirtschaftliche Profilierung als regionaler kleinstädtischer Tourismusschwerpunkt besitzen allerdings nur wenige Kleinstädte in touristisch und landschaftlich besonders reizvoller Umgebung (Ostseeküste und Mecklenburgisch-Brandenburgische Seenplatte) oder als Tagesausflugsziele Berlins (Spreewald). Dieser Kategorie sind auch die anerkannten Kurorte zuzuordnen. In Verbindung mit einem attraktiven Dienstleistungs- und kulturellen Angebot sind diese Orte zudem interessant als Altersruhesitz oder Zweitwohnsitz. Darunter fallen Kleinstädte wie Barth, Sassnitz und Ueckermünde an der Küste bzw. am Bodden/Haff, Röbel und Rheinsberg in der Seenplatte, Lübbenau im Spreewald und die Kurorte Bad Freienwalde (Oder), Bad Liebenwerda, Bad Wilsnack, Belzig, Templin.

3. Leitmotiv Wohnen –

Die Kleinstadt als Wohnort im suburbanisierten Umland:

Daneben gibt es Kleinstädte, die durch ihre Lage zu einem Wirtschaftsraum (Berlin oder einem relativ starken Mittelzentrum) das Wegbrechen der örtlichen Arbeitsplätze kompensieren und sich ganz auf die spezifische kleinstädtische Wohn- und Lebensqualität konzentrieren können. Einige wenige Städte im Äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs und die Kleinstädte im Westen Mecklenburg-Vorpommerns sowie im Umfeld der Oberzentren (bzw. starker Mittelzentren) können diesem Kleinstadtyp zugerechnet werden (z.B. Dassow, Schönberg, Bad Doberan, Brück, Müllrose, Biesenthal, Doberlug-Kirchhain, Elsterwerda, Fehrbellin, Ortrand, Ruhland, Schwarzheide, Altentreptow, Burg Stargard).

4. Leitmotiv Wirtschaft –

Die Kleinstadt als landwirtschaftlich-industrielle Gewerbestadt:

Schließlich gibt es einige wenige Kleinstädte, die sich als landwirtschaftlich-industrieller Produktionsstandort etabliert haben. In ihnen haben sich zum Teil sogar kleine Produktionscluster gebildet, die für einen überregionalen Markt produzieren. Bekannteste Beispiele sind Baruth (Holzwirtschaft), Meyenburg (Möbel), Golßen (Spreewälder-Gurken) und Stavenhagen (Lebensmittelproduktion). Dazu können auch verkehrstechnisch günstig an den Autobahnen gelegene Städte wie Malchow und Brück gezählt werden.

Neben diesen vier Kleinstadtypen mit relativ klar erkennbaren potenziellen Leitmotiven gibt es in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern eine Vielzahl von Kleinen Städten, deren historische Funktion sich auflöst bzw. am Verschwinden ist und die auf der Suche nach neuen Stadtprofilen sind. Diese Kleinstädte verzweigen seit Jahrzehnten und beschleunigt in den letzten 15 Jahren. Gleichwohl lassen sich angesichts der spezifischen Industriegeschichte der ländlichen Räume zwei Typen unterscheiden:

5. Leitmotiv Eigenentwicklung – Die kleine „Reststadt“:

Dieser Stadtypus im ländlichen, ehemals landwirtschaftlich geprägten Raum, ist aufgrund der geschilderten sozioökonomischen und demographischen Entwicklung notwendigerweise ein sich selbst genügender Stadtyp mit der Tendenz des Abbruchs der Kleinstadttradition. Dieser verliert den größten Teil seiner Versorgungsfunktion bis auf die unmittelbaren Grundfunktionen weitgehend und erfährt kaum Entwicklungsimpulse von außen. Die geographische Lage ist durch keine besondere landschaftliche Attraktivität, noch besondere kulturhistorische Bezüge gekennzeichnet. Besonders hohe Arbeitslosigkeit, starke Abwanderung, geringe Industriedichte charakterisieren die kleine „Reststadt“. Gleichwohl lebt hier noch eine potenziell stabile und sozial beruhigte Residualbevölkerung, insbesondere aufgrund der noch gezahlten Transferleistungen sowie der aktuell relativ guten Soziallage der Ruheständler. Zukünftig ist allerdings ein Rückgang dieser stabilisierenden Strukturen zu erwarten. Beispiele sind Dahme/Mark, Döbern, Drebkau, Falkenberg/Elster, Friesack, Gartz, Gransee, Jüterbog, Kyritz, Luckau, Meyenburg, Mühlberg/Elbe, Müncheberg, Neustadt (Dosse), Puttlitz, Schlieben, Treuenbrietzen, Wriezen, Wusterhausen, Ziesar in Brandenburg oder Städte wie Goldberg, Sternberg, Lübz, Tessin, Gnoien, Woldegk, Jarmen oder Strasburg (Uckermark) in Mecklenburg-Vorpommern.

6. Leitmotiv Stadtbau – Die altindustrielle Kleinstadt:

Vor allem im Südosten Brandenburgs gibt es kleine Städte, deren bauliche und sozioökonomische Struktur bis Anfang der 1990er-Jahre von Gewerbe und Industrie geprägt waren. Sie haben in den 1990er-Jahren einen starken Prozess der Deindustrialisierung erlebt. Ihre Funktion und ihr Stadtprofil werden vor allem vor dem Hintergrund ihrer industriellen Geschichte und Stadtstruktur (Gewerbebrachen) neu zu definieren sein (Calau, Vetschau, Welzow und Malchow). Diesem Typ können des Weiteren solche Städte zugeordnet werden, deren Monostruktur sich aus der Tradition eines Militärstandortes begründet. Prominentes Beispiel hierfür ist Eggesin, einst der größte Militärstandort in der DDR.

Die kleine „Reststadt“ und die altindustrielle Kleinstadt sind die eigentlichen Problemtypen. Ohne klare Orientierung und Hoffnung auf exogene Impulse müssen sie sehen, wie sie zurechtkommen. Dies muss allerdings nicht gleichbedeutend mit starker Schrumpfung oder gar Untergang sein. Einige werden ihre Nische finden und sich in der Peripherie „einrichten“. Es werden in der Regel die Kleinstädte sein, die verstehen, ihre lebensweltlichen Potenziale und ihr Sozialkapital zu vernetzen und zu nutzen, wie das Beispiel Calau zeigt. Es wird aber auch Kleinstädte geben, die mehr oder weniger „vor sich hin dümpeln“ und auf bessere Zeiten warten. Andere werden ihre städtischen Funktionen und ihren städtischen Charakter ganz verlieren und wieder zu Dörfern bzw. dörflichen Wohnstandorten werden.

6 Kleinstadtleben – lebensweltliche Potenziale

Untersuchungsergebnisse, die im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Perspektive von Kleinstädten in Ostdeutschland erarbeitet wurden (vgl. Hannemann 2004), zeigen, dass Kleinstädte zurzeit noch „überleben“, auch wenn sie seit Beginn der Industrialisierung tendenziell von Marginalisierung betroffen sind. Sie „überleben“, weil die Bewohner von starken Bindungskräften gehalten werden. Die KleinstadtbewohnerInnen schätzen die Erhaltung und die Qualität der (subsistenz-)wirtschaftlichen wie der sozialen Lebensbedingungen am Ort. Überschaubarkeit des familiär geprägten Ortes, Vertrautheit und Verlässlichkeit der Freunde und Bekannten, niedrigschwellige Möglichkeiten der

Teilhabe an Stadtereignissen und Mitwirkung in Vereinen machen Kleinstädte für ihre Bewohner lebenswert – und sind eine stabile Form lokaler Integration. Fehlende Anonymität, vielfältige Freizeitmöglichkeiten, geringe sozialräumliche Segregation und das Fehlen von „sozialen Brennpunkten“ machen die Kleinstadt lebenswert. Transferleistungen, subsistenzwirtschaftliche Orientierungen und nachbarschaftliche Unterstützungssysteme, familiäre Solidarität und vor allem Freundschaftsbeziehungen vergrößern die Qualität der Lebenszusammenhänge. Außerdem gewährleisten sie einen gewissen Lebensstandard, auch bei geringeren Einkünften.

Die Entscheidung für die Kleinstadt erscheint als eine Wahl von Risikominimierung in unsicheren Zeiten – minimiert werden die Risiken der Anonymität und Entfremdung in einer globalisierten Welt, die der Fährnisse eines unsicheren Arbeitsmarktes und die ungewisser Partnerschaften. Die Risiken steigern sich, so meinen viele Kleinstadtbewohner(innen), mit der Großstadt, während sich die Kleinstadt als „problemreduziert“ und „vollständiger“ darstellt – im Sinne von „räumlich überschaubar“ und „sozial nah“.

Tab. 1: Vorteile des Lebens in einer Kleinstadt nach Altersgruppen

Vorteile des Lebens in der Kleinstadt	Nach Altersgruppen					Gesamt
	16 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	über 65 Jahre	
	in % der Befragten (Mehrfachantworten möglich)					
die Ruhe	65,9	63,2	68,1	64,2	64,9	65,0
die engen Beziehungen der Menschen	44,9	56,2	52,3	50,4	45,0	50,2
die nahe Natur	41,5	45,0	47,9	49,6	49,0	47,5
die kurzen Wege	23,3	35,1	32,0	37,0	28,2	32,2
man kann sich auf die Nachbarn verlassen	15,1	24,0	30,8	26,5	22,3	24,6
die gute Wohnqualität	10,7	21,0	20,3	22,2	19,3	19,7
dass es mir vertraut ist	12,4	19,1	21,6	15,4	18,7	17,8
das schöne Stadtbild	12,7	16,1	16,9	18,6	18,8	17,2
die Sicherheit	12,6	20,8	13,1	15,1	8,9	14,3
Nähe der Familie	14,5	16,3	18,0	11,8	11,5	14,1
die Sauberkeit	11,3	11,3	10,4	13,0	8,9	11,0
die nahe Arbeit	6,4	13,1	15,3	5,8	3,9	8,8
die zahlreichen Parkplätze	2,2	4,6	4,2	5,6	1,9	3,9
Kleinstadtfair allgemein	0,5	1,7	2,0	1,1	2,2	1,6
Lage im Raum		1,4	0,4	1,8	0,2	0,9
niedrige Preise		0,6	0,7		0,4	0,4
keine Vorteile	0,5	0,9			0,8	0,4
Vorteile für Ältere			0,3	0,2	0,9	0,3
Kultur und Freizeitangebot		0,2	0,4	0,3	0,6	0,3
Eigentum am Ort			0,3		0,6	0,2
Sonstiges				0,5	0,2	0,2

Quelle: Hannemann 2004: 313

Die allgemeine Stärke vieler Kleinstädte im ländlichen Raum ist zunächst die hohe Wohnqualität, die durch Ruhe und Zentralität gleichermaßen bestimmt wird. Untersuchungen belegen, dass die Bewohner von kleinen Städten nicht zuletzt aufgrund der Wohnqualität eine hohe Wohnzufriedenheit haben (vgl. Tab. 1). Die Zufriedenheit mit dem Wohnort Kleinstadt ist im Westen am größten (64%), deutlich höher als mit dem

Wohnort Großstadt (54%) (Gatzweiler u. a. 2003: 563). Ländlichkeit und auch Kleinstadtleben kann in diesem Zusammenhang auch als eine Option einer besonderen Lebens- und Wohnqualität verstanden werden (Beetz 2004: 30), die jenseits aller Ideologien und Kleinstadtromantik ihren Platz in unserer Gesellschaft hat und haben muss.

Zur Stärke der kleinen Stadt gehören des Weiteren die sozialen Netze, die in diesen Städten stark ausgeprägt sind. Vielerorts charakterisiert zudem ein kompaktes Stadtzentrum, häufig als wahrhaft historischer Stadtkern, einen zentralen Bezugspunkt von Stadtkultur und -identität. Gleichwohl lassen sich Suburbanisierungstendenzen, die gegen diese Qualität wirken, selbst in sehr kleinen Städten nachweisen. Ebenso sind visuelle Nähe und unmittelbare Erlebbarkeit des Landschaftsraums eine weitere Qualität, die eine Stärke dieser Städte bildet. Viele größere Kleinstädte, zumal wenn sie eine Kreisstadtfunktion haben, kennzeichnet (noch) ein relativ hohes Arbeitsplatzangebot im öffentlichen Sektor. Diese hohe Staatsquote garantiert eine enorm wichtige, stabilisierende Schicht von relativ gut verdienenden Stadtbürger(innen) mit relativ konstanten Einkommen.

Diese regionalen und lokalen Qualitäten werden im Osten allerdings von der allgemeinen und auch subjektiv wahrgenommen schlechten wirtschaftlichen Situation und den individuellen Erfahrungen eines radikalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bruches überlagert. Im Osten werden in den Mittel- und Kleinstädten die schlechtesten Werte der Wohnzufriedenheit erreicht (nur 36 bzw. 37%), die Zahl der Fernwanderungswilligen nimmt kontinuierlich zu (vgl. zur Lebenszufriedenheit auch BBR 2003).⁵

Im Gegensatz zu Großstädten ist in Kleinstädten jedoch soziale Anonymität nur in begrenztem Maße möglich. Die Form des sozialen Zusammenlebens ist stark durch soziale Kontrolle gekennzeichnet. Dies wird häufig als gravierender Nachteil des kleinstädtischen Alltagslebens genannt. Kleinstädte bieten aufgrund ihrer sozialen und räumlichen Struktur kaum Nischen für Subkulturen, denn es fehlt die so genannte „kritische Masse“ an Personen.

Insbesondere die Jugend kann aufgrund des schmalen Angebotsspektrums bestimmte Optionen nicht wahrnehmen und richtet ihr Interesse auf größere Städte. Wer eine Lebensweise außerhalb der Konventionen präferiert, kann diese nur in der Großstadt realisieren, denn Nonkonformität führt zu sozialer Exklusion. Die Abwanderung der Jungen, unter 30-Jährigen, gehörte schon immer zum Alltag in den Kleinstädten und im ländlichen Raum. Auch Frauen sind in der Kleinstadt eher auf ihre traditionelle Rolle zurückverwiesen. Das in der Kleinstadt häufig anzutreffende Misstrauen gegenüber Fremden, im Osten stärker als im Westen, das sich bis zur Fremdenfeindlichkeit steigern kann, hat seine eigenen Ursachen: Während die großstädtische Toleranz häufig auf einer blasiereten Haltung und Desinteresse beruht (Simmel), so ist die kleinstädtische Abwehr durchaus mit realem Interesse vereinbar. Die Kleinstadt präferiert einen Sozialtypus, der durchaus hohe Kommunikationsfähigkeit besitzt, diese aber sehr stark auf das alltägliche Umfeld beschränkt. In diesem vermischen sich informelle Beziehungen mit formellen: Rollendistanz ist in der Kleinstadt schwierig. Anders als im Dorf gibt es in der

⁵ Allerdings nimmt die Zufriedenheit mit dem Leben am Wohnort allgemein im Osten zu, wie die Umfrage „Perspektive Deutschland 2004/2005“ festgestellt hat. Gerade in den strukturschwachen Regionen wie Uckermark-Barnim und Vorpommern ist in dieser Untersuchung im Vergleich zu vorhergehenden der größte Zuwachs an Zufriedenheit verzeichnet worden. (Perspektive Deutschland 2005: 24) Die Befragten passen anscheinend ihre Erwartungen zunehmend den bestehenden Verhältnissen an. Selbst objektiv kleine Fortschritte können daher große Auswirkungen auf das Maß der Zufriedenheit der Menschen haben.

Kleinstadt dennoch verschiedene „Verkehrskreise“, sodass – wenn auch begrenzt – Öffentlichkeit entstehen kann. (Vgl. Hannemann 2004: 310 ff.)

Die Kehrseite von Marginalisierung und sozialer Enge verweist auf Qualitäten, die das „Überleben“ kleiner Städte befördern: Kleinstädte existieren noch immer, weil sie zu einem Zeitpunkt eine Kultur der Marginalität einüben konnten, als urbane Rückbildungsprozesse für größere Städte noch ein undenkbarer Stadtentwicklungspfad waren. Ihre „Dauerbenachteiligung“ bewirkte eine Ausformung und Rückbesinnung auf Qualitäten, die zu einer „Persistenz der sozialen Netze trotz Marginalisierung des Stadttyps“ beitrug. Dies umfasst eine produktive Verarbeitung von ungünstigen Rahmenbedingungen, welche von der kleinen Stadt nicht oder nur gering beeinflussbar sind. Die „Kultur der Marginalität“ reproduziert diese nicht, sondern entwickelt Interaktionsformen und Institutionengefüge, die aus den begrenzten Ressourcen ein Maximum an kollektiver Lebensbewältigung herausholen. „Kultur der Marginalität“ ist eine kollektive Coping-Strategy und nicht eine „Kultur des Scheiterns“ (vgl. Hannemann 2004: 311).

7 Das „Handelszentrum“ im Peripherieraum – Von der Kleinen Stadt zur Kleinstadtregion

Welche Funktion kann nun aber die Kleine Stadt zukünftig in der Region übernehmen? Wie weiter vorne dargelegt, ist sie als Betriebs-, Produktions- und Vermarktungsstandort im ländlichen Raum vielfach obsolet geworden. Bei all dem bleibt dennoch festzuhalten, dass die Kleinstadt und ihre Region angesichts der dramatischen Problemkonstellation dringender aufeinander angewiesen sind denn je. Das Bewusstsein für die Region und das Zusammenspielen der Kräfte in der Region wird eine steigende Bedeutung gerade auch für die Funktionsfähigkeit der Kleinstädte besitzen. Sichtbar wird dies z. B. im Bereich Fremdenverkehr. Bei der in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern vorherrschenden Fremdenverkehrsrichtung sind die Städte auf die Landschaft angewiesen. Die Gäste kommen in erster Linie wegen der Natur und nicht wegen der Kleinen Städte. Andererseits sind die Kleinstädte wichtige „Highlights“ und Knotenpunkte des ländlichen Tourismus. Offensichtlich ist angesichts der strukturellen Probleme auch, dass die wenigen Potenziale des ländlichen Raums (Natur, (ökologischer) Landbau, Veredlung von natürlichen Produkten, regenerative Energien, ländliche Kultur, Gastronomie/Tourismuswirtschaft) gebündelt und vernetzt werden müssen, um Synergien und Wertschöpfungsketten und damit Arbeit und ausreichendes Einkommen zu erreichen. Die Standortfrage in der Region ist dabei unerheblich. Sie müssen und werden nicht mehr zwingend in der Stadt zusammengeführt.

Die Kleinstadt kann jedoch zukünftig die Rolle des kommunikativen Knotens und des konzeptionellen Motors in einer neu zu etablierenden Stadt-Land-Partnerschaft übernehmen und Moderator, Katalysator und Vorbild für die ländliche Entwicklung werden. Die Neufunktion im Städtesystem als „Handelszentrum“ im ländlichen Raum im Sinne eines wirklich handelnden Zentrums kann die Kleinstadt allerdings nur aus sich selbst heraus (Eigenentwicklung) bzw. in Partnerschaft mit den Akteuren im ländlichen Raum entwickeln. Und dafür braucht es auch im ländlichen Raum Innovation und Wissen. Auch hier sei wieder die kritische Nachfrage erlaubt, ob diese Innovationskraft wirklich in ausreichendem Maße vorhanden ist. Beispiele zeigen andererseits, dass diese Neudefinition der historischen Rolle als Dienstleistungsort im ländlichen Raum durchaus möglich ist. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang, dass die europäischen und nationalen Förderstrategien für den ländlichen Raum die Kleinstadt konsequent ignorieren.

Bislang ist diese enge Verflechtung zwischen Stadt und umliegender Landschaft jedoch noch sehr wenig im Bewusstsein der Akteure verankert, wie die Fallstudien zeigen. Die befragten Personen in allen untersuchten Städten fühlen sich z. B. in erster Linie als „Perleberger“ oder „Calauer“, nicht jedoch als „Prignitzer“ oder „Lausitzer“, obwohl gerade diese Namen auch für Auswärtige bekannt und einzuordnen sind. Die historisch gewachsenen Befindlichkeiten und Streitigkeiten zwischen den Kleinen Städten sowie zwischen Kleinstadt und Dorf scheinen sich strukturell nicht wesentlich von denen in Großstadregionen zu unterscheiden.

Vielleicht begünstigt die Gemeindegebietsreform sogar ein Über-den Tellerrand-der-Städte-Hinausblicken und das Zusammenwachsen. Die Funktional- und Gebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern weist in diese Richtung. Nach „freiwilligen Fusionen“ zum 1. Januar 2005 haben sich die neuen großen Ämter um die Kleinen Landstädte der Region herumgruppiert (z. B. Rhena, Gadebusch, Bützow, Plau am See, Malchow, Röbel, Torgelow oder Eggesin/Amt Am Stettiner Haff). Einige Ämter, wie z. B. das Amt Röbel-Müritzt, nehmen nahezu die Form der alten DDR-Landkreise wieder an. Die Durchschnittsgröße der Ämter liegt bei 11.073 Einwohnern. Das größte Amt Bergen auf Rügen hat 23.369 Einwohner (vgl. IMMV 2005).

Die Ämterfusion in Mecklenburg-Vorpommern ist Teil und erste Etappe einer umfassenden Verwaltungs- und Gebietsreform, an dessen Ende vier oder fünf Regionen entstehen und die staatlichen und kommunalen Funktionen im Sinne des Konnexitätsprinzips neu zugunsten der unteren Verwaltungsebene geordnet sein werden. Damit gewinnt ein Verwaltungsstrukturmodell für den dünn besiedelten, peripheren Raum ein Gesicht, das konsequent weitergedacht zu großen Einheitsgemeinden mit den ländlichen Kleinstädten als Verwaltungssitz und Kern führen wird, letztlich zu politischen „Kleinstadtregionen“ mit mehr Selbstverantwortung, vergleichbar den skandinavischen Flächenkommunen. Ohne Frage könnten mit derart klaren und reduzierten kommunalen Verwaltungsstrukturen gerade die besonderen Strukturprobleme peripherer ländlicher Räume besser und effektiver gelöst werden (vgl. kritisch zur Regionalkreisbildung Meyer 2005). Entscheidend ist hierfür allerdings eine klare, problemadäquate Aufgabenteilung zwischen Region und Gemeinde, nicht nur für die kommunalen Pflichtaufgaben, sondern auch für freiwillige Aufgaben wie Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement und Tourismus.

Da dies auch den Wegfall der kommunalpolitischen Eigenständigkeit vieler kleinerer Kleinstädte bedeuten wird, ist eine andere, zivilgesellschaftliche Form der Eigenständigkeit und Wertschätzung dörflicher Gemeinschaften für das Selbstwertgefühl der Dörfer und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Kleinstadt und Land unerlässlich.

8 Kommunale Handlungsfelder für die Zukunftsfähigkeit

Wirtschaftsentwicklung und die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die beiden zentralen Zukunftsaufgaben im peripheren Raum. Dies wird nur gelingen durch die strategische Einbindung des Sozialkapitals und durch problem- und aufgabenbezogene Kooperationen. Während die regionale Wirtschaftsförderung eine regionale Aufgabe sein muss, sind

- die Entwicklung und Umsetzung von Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel,
- die Nutzung und Einbindung des Sozialkapitals und

- der Aufbau von problem- und aufgabenbezogenen Kooperationen

die drei zentralen kommunalen Handlungsfelder für die Zukunftsfähigkeit der Kleinen Stadt.

8.1 Anpassungsstrategien – Umbau vor dem Hintergrund des demographischen Wandels

Der vielfach eingeforderte Paradigmenwechsel der Kommunalplanung von einer wachstumsorientierten Stadtentwicklung zu einer Steuerung und einem Management der Schrumpfung gilt auch für die Kleinen Städte. Eine der zentralen Zukunftsaufgaben der Kleinstädte ist es, ihre innere Organisation und ihre städtebauliche Struktur an den demographischen Wandel anzupassen (deutlich weniger Bevölkerung und mehr ältere Mitbürger) und altengerechte Strukturen zu schaffen. Kommunale Anpassungsstrategien haben vor allem drei Dimensionen:

- die Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge
- die Anpassung des Wohnungsmarktes
- die Anpassung der baulichen Stadtstruktur

Für die beiden letztgenannten Dimensionen sind Verwaltung und Politik in den meisten Kleinstädten durch die Wohnungsunternehmen, die aktuellen Leerstände und Branchen, den Wettbewerb Stadtumbau Ost und die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte sensibilisiert und entwerfen Strategien und Konzepte für einen geordneten baulichen Rückzug von den Rändern der Stadt hin zu einer kompakten Kleinstadt. Dies zeigen auch die Fallbeispiele in Brandenburg und die Erfahrungen in den Kleinstädten Mecklenburg-Vorpommerns (ISEK-Städte 2003). Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit es vor allem den Kleinen Reststädten angesichts des Rückzugs von öffentlicher und privater Dienstleistung aus dem Stadtzentrum gelingt, in den Altstädten ein gewisses Maß an kleinstädtischer Urbanität und Kleinstadtfleur zu erhalten.

Durch den demographischen Wandel können in den dünn besiedelten, peripheren Regionen schon jetzt die Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr so wie in der Vergangenheit aufrechterhalten werden. Bei abnehmenden Bevölkerungszahlen stoßen die Angebote an ihre Tragfähigkeitsgrenzen, die Verschiebung der Altersstruktur erfordert eine neue Ausrichtung der sozialen Dienste. Die Entwicklung wird dramatisch verschärft durch die begrenzten finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen, die sich bei abnehmender Bevölkerungszahl noch weiter verringern werden. Die öffentliche Infrastruktur muss grundsätzlich überdacht, umgebaut und neu organisiert werden. Vielfach geht es dabei um eine Zusammenführung und Zentralisierung der Angebote (medizinische Versorgung und Bildung) bei einer Erhöhung der Erreichbarkeit der zentralen Standorte. Handlungsoptionen sind aber auch Verkleinerung, Dezentralisierung, temporäre Angebote oder Neustrukturierung und Substituierung durch neue Modelle (IfS 2005, BBR 2005a). Wie schon gesagt, werden die Kleinstädte mit mittellentraler Funktion durch den Umbau der Daseinsvorsorge tendenziell gestärkt, die Kleinen Reststädte jedoch einen Großteil ihrer öffentlichen Angebote (Gesundheit, Bildung, Kultur etc.) verlieren. Die Gespräche in den Kleinstädten haben gezeigt, dass die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Versorgungssituation in den Kleinstädten und ihren Ortsteilen bei weitem noch nicht im Bewusstsein der Akteure und Entscheidungsträger sind.

Der Umbau der Daseinsvorsorge ist jedoch zunächst einmal eine regionale Aufgabe. Den Abzug der Krankenhäuser, Gymnasien und Realschulen können die kleinen Städte

meist nur erleiden, aber nicht steuern. In ihren direkten Zuständigkeitsbereich fallen vor allem die Kindertagesstätten, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Sport und die technische Infrastruktur sowie die Pflege und Sicherung privater Träger (Einzelhandel, Gesundheit, Kultur, Freizeit). Dabei können die Erfahrungen und oben genannten Strategieansätze auf der regionalen Ebene (Konzentration, Erreichbarkeit etc.) auf die kleinregionale Ebene der flächengroßen Kleinstädte und Ämter übertragen werden. Bekannt sind z.B. die DienstleistungsCenter KOMM-IN aus Baden-Württemberg oder die MarktTreffe in Schleswig-Holstein, in denen unternehmerisches Handeln, kommunale Mitverantwortung und bürgerschaftliches Engagement verknüpft werden (BBR 2005a: 81 ff.).

Der Umbau der öffentlichen Daseinsvorsorge wird angesichts der knappen öffentlichen Mittel nur gelingen, wenn die Aufgabenteilung zwischen Staat/Kommunen, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft neu organisiert werden kann. Gerade die Kleinstädte müssten mit ihrem starken Sozialkapital für die bürgerschaftliche Selbstorganisation von Aufgaben der Daseinsvorsorge gut gerüstet sein. Beispiele dafür haben im ländlichen Raum ja durchaus Tradition (Nachbarschaftshilfe, Bürgerbus, Kindergärten, Trägervereine für Schwimmbäder und Dorfläden etc.).

8.2 Nutzung des Sozialkapitals und Stärkung der Identität

Die Idee des Sozialkapitalkonzepts, an vorhandene städtische, gemeinschaftliche Qualitäten anzuknüpfen, wird, so hat die bisherige Kleinstadtforschung gezeigt (vgl. Hanne mann 2004: 217 ff.), offensichtlich insbesondere bei kleinstädtischen Strukturen tragfähig. Gerade die Untersuchungsstädte weisen hier schon viele tragfähige Ansätze auf. Während bei größeren Städten dieser Aspekt von Sozialkapital auf kleinteilige Gebiets-einheiten beschränkt bleiben muss und wohl nie übergreifende Wirkung entwickeln wird, lassen sich in Kleinstädten lokal-regionale Kulturen beschreiben, die explizit an die jeweilige sozial-räumliche Einheit dieses Siedlungstyps geknüpft sind: Es umfasst die Gesamtheit kleinstadtspezifischer Kulturen, die die Lebensqualität mit bestimmen, also lokales Sozialkapital, das sich im Vereinsleben, in den informellen Netzwerken, der sachorientierten Entscheidungsbindung und der lokalen Identität zeigt.

Als besondere Elemente von lokalem Sozialkapital lassen sich aufgrund der gewonnenen empirischen Untersuchungsergebnisse zusammenfassend folgende Aspekte hervorheben:

Vereine und andere Vereinigungsformen:

Vereine finden – im Gegensatz zu Bürgerinitiativen – in Kleinstädten großen Zuspruch. Diese Art von „lokaler Öffentlichkeit“, also sich in der Freizeit zu organisieren und zu engagieren, ist in den Kleinstädten sehr akzeptiert. Gibt es ein bürgerschaftliches Engagement außerhalb des Erwerbs- und des Privatlebens, beschränkt sich dieses, bis auf wenige Ausnahmen, auf das Vereinsleben. Die Vereine verkörpern das gemeinschaftliche Interesse der Bürger(innen) in den Kleinstädten. Dies äußert sich in der lokalen Dominanz der Sport-, Garten-, Kleintierzucht- und Schützenvereine; zunehmend bedeutsam sind jedoch solche Vereine, die stadtpolitische, kulturelle und touristische Belange thematisieren. Die Vereine in den Kleinstädten bedienen nicht nur die Nachfrage nach Aktivitäten, sondern schaffen darüber hinaus ein Wir-Gefühl. Sie sind das nach außen weniger sichtbare „öffentliche Leben“ der Stadt. Das Vereinsleben erhöht den Bekanntheitsgrad und stärkt die Netzwerkstrukturen unter den Kleinstädter(innen).

Aus Größe und Überschaubarkeit der Kleinstädte und der fehlenden Anonymität entwickeln sich eigene Formen und Strukturen im Umgang der Menschen miteinander. Auf der Basis des einander Kennens und des sich häufig Begegnens findet ein unmittelbarer Austausch über Geschehnisse und Neuigkeiten statt. Die lokalen Eliten und die Bevölkerung treffen im Alltag aufeinander und können auf informellen Wegen ihre Informationen austauschen. Darüber hinaus fördern kleinstadtspezifische Kulturen die Notwendigkeit des Zusammenhalts (Beispiel: Händlergemeinschaft Calau, Tourismusverein Angermünde, Zusammenarbeit WBC und Stadt Calau, Bürgerverein Perleberg, Erarbeitung Stadtleitbild Bad Liebenwerda).

Durch eine gute Vernetzung von Stadtverwaltung und Vereinen werden, trotz der beschränkten kommunalen finanziellen Möglichkeiten, vielfältige Möglichkeiten geschaffen, indem die Stadt den Vereinen Räumlichkeiten und Mittel zur Verfügung stellt oder immaterielle Unterstützung leistet, beispielsweise Hilfe bei der Beantragung von Fördermitteln oder Beratung bei der Organisation bestimmter Aktivitäten und Veranstaltungen. Durch diese Art der Zusammenarbeit von Stadt und Vereinen ist es möglich, Beiträge niedrig zu halten und somit auch Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger u. a. ins Vereins- und Stadtleben zu integrieren (Beispiel: Kegelverein Calau). Persönliche Isolation wird minimiert.

Allerdings ist das Verhältnis Vereinigungen – Stadt noch überwiegend eindimensional. Die Vereine fordern Leistungen von der Stadt, verstehen sich jedoch bisher noch nicht ausreichend als solche, die die Stadtkultur mittragen. Hier muss ein Mentalitätswechsel stattfinden: Das „kostenfreie“ Einbringen von Aktivitäten in die stadtkulturellen Ereignisse sollte zur Selbstverständlichkeit werden.

Sachorientierte Entscheidungsbindung:

Kleinstädtische Stadtpolitik ist (bisher) von einer starken Einbindung der Entscheidungszentren in die lokale Kommunikation charakterisiert. Die starke Wahrnehmung der Personen, insbesondere des Bürgermeisters, und die starke Prägung durch einzelne Persönlichkeiten führen zu einer stärkeren Transparenz des Elitenhandelns. Die Stadt-Eliten sind durch vielfältige persönliche Kontakte in ständigem Austausch mit den Bürger(innen). Dies führt dazu, dass neben Personenzentriertheit und face-to-face-Orientierung parteipolitische Frontbildungen kaum aufgebaut werden (neuerdings allerdings in Angermünde, aufgrund der Zwangseingemeindung). Der Zwang zum Handeln verschiebt die Relevanzkriterien zu einem problemorientierten Politikstil. Allgemein gilt, dass Parteipolitik in den Kleinstädten eine untergeordnete Rolle spielt. In erster Linie sei in den vier Kleinstädten die Stadtpolitik durch „Sachfragen“, so die Gesprächspartner, bestimmt. Gleichzeitig wird immer die persönliche Einzelleistung wahrgenommen und gewertet. So werden auch persönliche Motive im Handeln der Stadtaktiven schnell offenkundig. Hinter den Entscheidungen werden häufig auch persönliche Motive vermutet. Letztendlich überschneiden sich Koalitionen in Sachfragen mit Interessenkonstellationen in der Stadtpolitik. Lokalpolitik ist grundsätzlich personalisiert.

Identifikation – „Wir-Gefühl“:

Einen dritten Schwerpunkt bildet die Identifikation mit der eigenen Stadt, ihren (historischen) Gebäuden und ihrem Flair. Die Kleinstadt hat als Gesamtgefüge eine aktivierende Präsenz im Leben der Stadtbewohner(innen). Unabhängig von der konkreten wirtschaftlichen Situation wird von allen Gesprächspartnern eine starke Bindung der Einwohner mit der jeweiligen Stadt – allerdings signifikant weniger mit der Region und kaum mit den Nachbarstädten und -gemeinden – konstatiert. Diese Stadtbindung hat zur

Folge, dass die Region weitgehend nur als symbolischer Bezugspunkt von Zugehörigkeit gesehen wird, ein regionaler Handlungsbezug wird kaum abgeleitet. Nur dort, wo dieser nicht mehr zu umgehen ist, wird dieser hergestellt. Kirchturmpolitik verhindert noch allzu oft die notwendigen übergreifenden Kooperationen. Gerade die wirtschaftlich erfolgreicher Kleinstädte beziehen ihr Selbstbild auch aus der ignorierenden Distinktion gegenüber Nachbargemeinden und der Region.

Wie stark dieser Aspekt in vielen Brandenburgischen Kleinstädten schon ausgeprägt ist, zeigen beispielhaft die Ergebnisse des Landeswettbewerbs „Attraktiver Standort Innenstadt“. Der Wettbewerb zielte auf die Bündelung der auf der örtlichen Ebene vorhandenen Akteure zur Innenstadtkärnung. Es wurden nicht Leistungen von Städtebau, Architektur und Denkmalpflege in den Mittelpunkt gestellt, sondern Beispiele funktionsstärkender Maßnahmen und Aktionen prämiert. Zu den Preisträgern gehörten viele Kleinstädte! Insbesondere in der Preiskategorie „Bürgerschaftliches Engagement“ kamen zwei der gewürdigten drei Beiträge aus Kleinstädten: aus Calau und Ketzin. Gerade die prämierten und auch alle eingereichten Wettbewerbsbeiträge fokussierten die Idee der Stärkung des „Wir-Gefühls“ mit dem Ziel der Innenstadtbelebung. Deutlich wird dies beispielsweise im Wettbewerbsbeitrag „Wir steh’n auf Ketzin! – Wir Bürger für einen attraktiven Standort Innenstadt Ketzin!“, schon dessen Namensgebung zeigt eine deutliche Ausprägung des „Wir-Gefühls“. Träger dieser Aktivität ist eine Konstellation aus verschiedenen Akteuren vor Ort: u. a. die Unternehmer-Interessengemeinschaft Ketzin, der Heimatverein Ketzin, Arbeitsgemeinschaften der Fontane-Gesamtschule und der Europaschule Ketzin, der Sanierungsträger BSG und die Stadt selbst.

8.3 Problem- und aufgabenbezogene Kooperationen

Angesichts der anhaltenden Strukturschwäche und schlechten Rahmenbedingungen wächst der Druck zur Zusammenarbeit in Peripherieregionen auf allen Akteursebenen. Stadt-Land-Partnerschaften und regionale Städtenetze zur kooperativen und arbeitsteiligen Aufgabenbewältigung dürfen schon seit Jahren in keinen strategischen Papieren zur Entwicklung peripherer Räume fehlen.

Neben den klassischen Zweckverbänden für die technische Infrastruktur gibt es seit den 1990er-Jahren in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auch zahlreiche (Klein-)Städtenetze (Prignitz, Havelseen, Zentrenkonzept Fläming in Brandenburg oder die Städtenetze Mecklenburgische Seenplatte und U.T.E.). Sie haben zwar durchaus Erfolge aufzuweisen. Immerhin haben die U.T.E.-Städte Ueckermünde, Torgelow und Eggesin für ihr gemeinsames Integriertes Stadtentwicklungskonzept einen Preis beim Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ gewonnen. Sie sind jedoch nur selten von Kommunalpolitik und -verwaltung ernsthaft betrieben worden. Zu unklar waren Ausrichtung und Nutzen der Zusammenarbeit angesichts der begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen in den Kleinstädten. Dennoch wird gerade der Umbau der öffentlichen Daseinsvorsorge nur mit Hilfe einer arbeitsteiligen Kooperation der ländlichen Kleinzentren gelingen können. Die Zusammenarbeit der Kleinstädte sollte allerdings zielgerichteter und aufgabenbezogener sein als die komplexen Städtenetze der ersten Generation. Dies wäre auch konsequenterweise durch einen wirklichen kommunalen Zusammenschluss kleiner Städte einer Region zu erreichen: Hier könnte die Idee einer „Stadtneugründung“, etwa als „Stadt Prignitz“ oder „Stadt Uckermark“, Potenziale und Ressourcen heben.

9 Zusammenfassung und Fazit

Heute entbehren viele Kleinstädte durch den Verlust zentraler Funktionen, den Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft, der Bevölkerung, die Kreisgebietsreformen und die Strukturveränderungen im Einzelhandel zwar zunehmend originäre Aufgabenbereiche. Aber im Sinne endogener Potenziale dürften sie auch zukünftig eine wichtige Rolle für die Stabilisierung strukturschwacher, peripherer Räume spielen. Große wirtschaftliche Impulse werden sie nur in wenigen Fällen auf das Umland ausstrahlen. Sie könnten aber, wie dargelegt, die Rolle des Informations- und Koordinationszentrums für regionale Wertschöpfungsketten und soziale Netzwerke übernehmen.

Kleinstädte sind zudem Teil unseres gewachsenen Siedlungsgefüges, unserer Kultur und unserer Gesellschaft. Sie sind eine Lebenswelt für immerhin 19% der Bevölkerung in Ostdeutschland (Gatzweiler u. a. 2003: 559),⁶ die nicht nur dort leben, weil sie zu unmobil und unflexibel sind, sondern weil sie dort wohnen wollen. Die Frage, ob wir uns diese „kleinstädtische Lebensqualität“ heute noch leisten können, kann somit nicht gestellt werden. Vielmehr wären politische Entscheidungen wichtig, in welcher Form und auf welchem Niveau Einkommen und öffentliche Daseinsvorsorge in den Kleinen Städten und im peripheren, dünn besiedelten Raum zukünftig gewährleistet werden kann. Diese Fragen sind noch nicht beantwortet; sie werden auch wissenschaftlich kaum diskutiert.

Dennoch können an dieser Stelle Empfehlungen für die Kleinstadtpolitik der Länder gegeben werden. Dabei haben unsere Untersuchungen drei Hauptkenntnisse ergeben, die als Grundsätze vorangestellt werden:

- Die Ergebnisse zeigen, dass jede Kleinstadt im peripheren Raum, unabhängig von ihrer Lage, Größe und zentralörtlichen Bedeutung, äußerst unterschiedliche Chancen hat, sich angesichts der wirtschaftlichen Transformationsprozesse und des demographischen Wandels zu stabilisieren. Damit hat jede Kleinstadt eine Zukunft als Siedlung. Dies vorausgesetzt, sollten keine Kleinstädte von vornherein von Unterstützung und Förderung ausgenommen werden. Gleichwohl können bezogen auf Funktion und siedlungsstrukturelle und naturräumliche Lage differenzierte Strategien eingesetzt werden. Und es sollten Erfolg versprechende Modelle und Beispiele örtlicher Kleinstadtpolitik als Kristallisationskerne und Vorbilder vorrangig gefördert werden.
- Eine Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsentwicklung für den peripheren ländlichen Raum muss eine regionale Wirtschaftsförderung sein, die vor allem Handwerk und Kleingewerbe in der Region stärkt und die ländlichen Ressourcen bündelt und vernetzt. Mit wenigen Ausnahmen wachstums- und ausstrahlungsfähiger Branchen an konzentrierten Standorten würde eine Beschränkung auf lokale Standorte den Stadt-Land-Beziehungen und der Bedeutung der Kleinregion nicht gerecht werden.
- Die Komplexität der aktuellen und zukünftigen Probleme erfordert sowohl für die Kleinstadtpolitik als auch für die ländliche Entwicklung eine integrierte und ressort-unabhängige Strategie und eine Bündelung der Mittel auf wenige Aufgaben- und Strategiefelder, die im Sinne einer Leitplankenplanung genügend Spielraum für die individuellen Probleme, Besonderheiten und Strategien vor Ort lassen (vgl. Arndt u. a. 2005).

⁶ Die Zahlen beziehen sich auf Kleinstädte bis 20.000 Einwohner im Jahr 2001.

Neben den in Kapitel 8 entwickelten kommunalen Handlungsfeldern sind von den Ländern weitere wichtige Strategiefelder für Kleinstadtpolitik und Kleinstadtförderung spezifisch zu entwickeln.

1. „Soziale Kleinstadt“

Hierfür sollten die vorhandenen städtebaulichen Fördermaßnahmen zu einem integrierten Programmpaket „Stadtumbau“ zusammengefasst, harmonisiert, mit wichtigen Ressortförderungen abgestimmt und um soziale, ökonomische und ökologische Ansätze im Sinne des Programms „soziale Stadt“ ergänzt werden; dies bei Konzentration und Bündelung der Mittel auf die Stadtkerne. Soziale Kleinstadt wird hier aber nicht als ein Programm für soziale Brennpunkte verstanden. Es bezieht sich programmatisch vielmehr auf die Mobilisierung und Aktivierung des Sozialkapitals in den Kleinen Städten. Ein besonderes Augenmerk ist auf Modelle der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zu legen (Arbeitsteilung, Vereinbarungen, etc.).

2. Coaching der Kleinstadtverwaltungen und Kleinstadtpolitik

Gerade die Verwaltungen der kleinen Städte sind bisher noch unzureichend für die Einwerbung von EU-Fördermitteln qualifiziert. Dazu gehören kontinuierliche Maßnahmen zur Qualifizierung, Beratung der lokalen Eliten. Denkbar wäre, neben Seminaren, Veranstaltungen und Broschüren (Managementfähigkeit, fachliches Querschnittswissen etc.) ein „Bürgermeisterqualifikationsprogramm“ mit „Praktika“ oder andere Fortbildungsveranstaltungen auf der EU-Ebene, eine länderübergreifende Taskforce „Kleinstadt“, um ministerielles Wissen gezielt in die Kleinstadtentwicklungspolitik einzubinden, oder ein Programm zum Coaching von Führungspersonal und Entscheidungsträgern in Kleinstädten, das gezielt auf individuelle Aufgaben eingehen kann.

3. „Neuagrarisierung“

Der umfassende Wandel der Inhalte von „Landwirtschaft“ – einschließlich regenerativer Energien, Naturraum und Tourismus – sollte für die Förderung von Modellen und Pilotprojekten der Stadt-Land-Partnerschaften sowie neue Formen der kommunalen Partnerschaften zwischen Stadt und Land genutzt werden. Hierfür sind insbesondere Förderansätze und -strategien des Landwirtschaftsressorts im Rahmen der Neuausrichtung der EU-Politik für den ländlichen Raum für den Förderzeitraum 2007 bis 2014 (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, ELER-Verordnung) mit einzubeziehen.

4. Nationale und transnationale Vernetzung

Schließlich sollten sich die Kleinen Städte mit Hilfe von Bund und Ländern verstärkt in die europäische Diskussion über die Rolle der Klein- und Mittelstädte (SMZCs) für die Entwicklung des ländlichen Raumes einbringen. Denkbar wäre z. B. ein MORO-Sonderprogramm „Kleinstadt im Transformationsprozess“, die Erweiterung des LEADER-Programms auf Stadt-Land-Partnerschaften und Kleinstadtregionen oder eine Zusammenarbeit mit internationalen Vereinigungen der Kleinstädte wie ECOVAST (European Council for the Village and Small Town), der englischen AMT (Action for Market Towns) oder der französischen Vereinigung der Kleinstädte APFV (Association des petites villes de France).

Literatur

- ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2001): Cities: Engines in Rural Development? Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 268, Hannover.
- ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2004): Notwendigkeit einer Europäischen Raumentwicklungspolitik. Positionspapier der ARL, Nr. 60, Hannover.
- Arndt, M.; Bürkner, H.-J.; Kühn, M.; Knorr-Siedow, Th. (2005): Stärkung der Städte und Stadtregionen. Positionspapier zur Neuausrichtung der Förderpolitik in Brandenburg, Erkner.
- BBR (2001): Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Study Programme on European Spatial Planning. Final Report, Forschung, Heft 103.2, Bonn.
- BBR (2003): Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Lebensbedingungen aus Bürgersicht. Berichte, Band 15, Bonn.
- BBR (2005a): Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Werkstatt Praxis, Nr. 38, Bonn.
- BBR (2005b): Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Raumordnungsbericht 2005, Berichte, Band 21, Bonn.
- Beetz, St. (2004): Dörfer in Bewegung. Ein Jahrhundert sozialer Wandel und räumliche Mobilität in einer ostdeutschen ländlichen Region, Hamburg.
- Berlin-Institut (2004): Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Deutschland 2020 – die demographische Zukunft der Nation. Berlin.
- Bessy, P.; Sicamiois, Y. (1998): Les petites villes. In: INSEE Premiere, Nr. 572, H. 3 (auch: http://www.insee.fr/FR/FFC/DOCS_FFC/ip572.pdf:20.10.205), S. 1-4.
- BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Potenziale erschließen – Familienatlas 2005. Berlin.
- BMVBW Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.) (2004): Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk. Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung, Bonn.
- Blotevogel, H. H. (Hrsg.) (2002): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 217, Hannover.
- CEMAT (2000): Leitlinien für eine nachhaltige räumliche Entwicklung auf dem europäischen Kontinent. Hrsg.: Europäische Raumordnungsministerkonferenz, Hannover.
- EUREK (1999): Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Weg zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union. Hrsg.: Europäische Kommission, Potsdam.
- Flacke, J. (2004): Definitionen, Merkmale und Typologien von Klein- und Mittelstädten. In: Baumgart, S. u. a. (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund, SRPapers, Nr. 1, Dortmund, S. 27-33.
- Friedrichs, J.; Häußermann, H. 2001: Die Entwicklung der Städte in den neuen Bundesländern. In: Bertam, H.; Kollmorgen, R. (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske + Budrich, S. 315-339.
- Gatzweiler, H.-P.; Meyer, K.; Milbert, A. (2003): Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10/11.2003, S. 557-567.
- Hannemann, Ch. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2005): Anpassungsstrategien für ländlich/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern – Modellvorhaben der Raumordnung. Endbericht. Berlin.
- IMMV (2005): Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Ämterfusion. Gemeinsam stärker sein. Ämter und amtsfreie Gemeinden schließen sich zusammen. Schwerin.
- ISEK-Städte Mecklenburg-Vorpommern (2003): Integrierte Stadtentwicklungskonzepte. Wissenschaftliche Auswertung für Mecklenburg-Vorpommern. Berlin.
- Klemmer, P. (2004): Wo wohnen Deutschlands Spitzenverdiener und Kaufkraftträger? Eine regionale Analyse der Primär- und Sekundäreinkommensverteilung sowie der Entwicklung der Kaufkraft in Deutschland. Hrsg. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. Berlin.
- Kommission (2004): Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion: Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- LDS (2004) Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (Hrsg.): Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2003 bis 2020. Potsdam. http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion3/cohesion3_de.htm:21.11.05.
- MAB (2003): Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern: Bevölkerungsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern. Raumentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Informationsreihe der Obersten Landesplanungsbehörde Nr. 7. Schwerin.
- MAB (2005): Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern: Raumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- Meyer, Hubert (2005): Verwaltungsreform als Chance für den ländlichen Raum. In: Der Landkreistag, Heft 8-9/2005, S. 520-525.
- MW Brandenburg (2005): Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg: Neuausrichtung der Brandenburger Wirtschaftsförderung. <http://www.wirtschaft.brandenburg.de/cms/media.php/ssid=lbm1.a.1312.de/Foerderkonzept210405Endfassung.pdf>: 12.10.2005.
- Perspektive Deutschland 2005: Projektbericht Perspektive-Deutschland 2004/05 / die größte gesellschaftspolitische Online-Umfrage. http://www.perspektive-deutschland.de/files/presse_2005/Projektbericht_Perspektive_Deutschland_2004_05.pdf: 20.10.05.
- Prognos (2004): Zukunftsatlas 2004 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb. Berlin.
- Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (2005): Bevölkerungsvorausberechnung in den Kreisen der Mecklenburgischen Seenplatte bis 2020. Neubrandenburg.
- Schäfer, Rudolf; Schmidt, Elfriede; Dehne, Peter (1997): Strategien für strukturschwache ländliche Räume. Raumordnerische Handlungsempfehlungen zur Stabilisierung und Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume. Hrsg.: Bundesministerium für Raumordnung und Städtebau, Bonn.
- Schäfer, Rudolf; Stricker, Hans-Joachim; Soest, Daniela (1992): Kleinstädte und Dörfer in den Neuen Bundesländern – Aufgabenfeld für die Städtebauliche Erneuerung. Göttingen.
- Schürt, Alexander; Spangenberg, Martin; Pütz, Thomas (2005): Raumstrukturtypen, Konzepte – Ergebnisse – Anwendungsmöglichkeiten – Perspektiven. BBR-Arbeitspapier, Bonn.